

FORUM POLITIKUNTERRICHT

Herausgegeben von der
Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung –
Landesverband Bayern

ISSN 0941 - 5874

1124



Schwerpunktthema:

Der Nahostkonflikt

Nachrichten – Berichte – Rezensionen

DIE EUROPÄISCHE UNION



NEU

»Ein unbedingt lesenswertes Buch, das die großen Akteure auf der politischen Bühne Europas ausleuchtet und dabei immer wieder mit unbekanntem Geschichten, informativen Fakten und überraschenden Details überzeugt.«

DAMALS

Christoph Driessen

GRIFF NACH DEN STERNEN

Die Geschichte der Europäischen Union

Schauen Sie hinter die Türen der Brüsseler Konferenzsäle! Mit Christoph Driessen erleben die Leserinnen und Leser die Geschichte der EU auf ganz neue Art: zum Lachen und zum Weinen, zum Verzweifeln und zum Staunen, zum Mitfiebern und zum Weitererzählen.

288 Seiten, 40 Abbildungen, geb. mit Schutzumschlag
ISBN 978-3-7917-3474-3, € (D) 29,95 / auch als eBook

verlag-pustet.de

100 JAHRE BAYERISCHE GESCHICHTE



NEU

»(...) ein bemerkenswerter Band, der bereits zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung als Grundlagenwerk zur jüngeren Geschichte Bayerns zählen darf und auch im bundesweiten Vergleich seinesgleichen sucht.«

WEISS-BLAUE RUNDSCHAU

Erstmals werden in einem Sammelband alle 16 Bayerischen Ministerpräsidenten von der Ausrufung des Freistaats durch Kurt Eisner 1918 bis zum Ende der Amtszeit von Horst Seehofer 2018 biografisch vorgestellt. Auch bieten die Beiträge ein großes Panorama der Geschichte Bayerns in den letzten einhundert Jahren.

Rainald Becker / Christof Botzenhart (Hg.)

DIE BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN 1918-2018

424 Seiten, 27 Abbildungen
geb. mit Schutzumschlag, mit Lesebändchen
ISBN 978-3-7917-3473-6
€ (D) 38,- / auch als eBook

 VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Telefon 0941/92022-0
bestellung@pustet.de
verlag-pustet.de

 Pustet.Geschichte

INHALT

Editorial	S. 4
Schwerpunkt: Der Nahostkonflikt	
▪ <i>Dr. Daniel Mahla:</i> Die Zivilgesellschaft in Israel nach dem 7. Oktober	S. 5
▪ <i>Prof. Dr. Andreas Brunold:</i> Der Nahostkonflikt und die Vereinten Nationen – Das Lernfeld „Krieg und Frieden“ als Herausforderung schulischer Bildungsarbeit	S. 7
▪ <i>Dr. Ludwig Spaenle:</i> Zeit für praktische Solidarität mit Jüdinnen und Juden – 10-Punkte-Papier für jüdisches Leben in Deutschland	S. 13
▪ <i>Dr. Peter Herdegen:</i> ANTISEMITISMUS – Grundlagen, Definitionen, Kontroversen, Literatur	S. 16
▪ <i>Dr. Gabriele Griese-Heindl:</i> Politische Bildung an bayerischen Schulen unter dem Einfluss des Nahostkonflikts	S. 21
▪ <i>Sabine Kehr:</i> „Nie wieder ist jetzt!“ – Sensibilisierung für antisemitismuskritische Ausbildung von Lehramtsstudierenden – Interview mit Judith Petzke zum Zusatzstudiengang „ZABUS“ an der Universität Würzburg	S. 25
Landesverband Bayern	
▪ <i>Willi Eisele:</i> Grundfeste der Demokratie – Bayerischer Verfassungstag in München	S. 28
▪ <i>Prof. Dr. Stefan Rappenglück / Uta Lechner:</i> Verleihung des Abiturpreises „Politik und Gesellschaft“ 2024	S. 29
▪ Save the Date: Jahrestagung 2024	S. 33
Buchbesprechungen	S. 34

Impressum FORUM POLITIKUNTERRICHT

Herausgeber: Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.
Prof. Stefan Rappenglück (verantw.), Selma-Lagerlöf-Str. 112, 81829 München,
E-Mail: stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de

Redaktion: Prof. Dr. Andreas Brunold, Dr. rer. pol. Gaby Griese-Heindl, Dr. phil. Peter Herdegen, Sabine Kehr,
Uta Lechner, Prof. Dr. Stefan Rappenglück, Frank Schiefer

Anzeigen: Dr. rer. pol. Gaby Griese-Heindl, E-Mail: WerbungFPU@gmx.de

Layout/Gestaltung: Martina Macher-Buchner, E-Mail: Redaktionfpu@gmx.net

Einzelverkaufspreis: 5,00 € (im Mitgliedsbeitrag enthalten)

Konto des Landesverbands: Kreissparkasse Augsburg,
IBAN: DE48 7205 0101 0000 2931 34, BIC: BYLADEM1AUG

Mitteilungen über Änderungen der Anschrift und der Bankverbindung an:
Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising, E-Mail: armin.seemann@web.de

ISSN 0941-5874

EDITORIAL

Die Ausgabe trägt den Titel „Nahostkonflikt“. Sie versucht diesen Konflikt aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Der Redaktion war von Anfang an klar, dass dieser Konflikt so komplex ist, dass es in einer Ausgabe dieser Zeitschrift nicht gelingen kann, allen Aspekten dieses Konflikts wirklich gerecht zu werden. Die einzelnen Beiträge sollen aber Denkanstöße bieten, die den Leser:innen helfen sollen, eine eigenständige Position zu finden, die sich an grundlegenden Menschenrechten und wichtigen Grundsätzen des Völkerrechts orientiert. Eine solche Selbstvergewisserung ist die Voraussetzung dafür, verantwortbare Unterrichtseinheiten oder Bildungsveranstaltungen über das Thema zu konzipieren. Sie sollen dem Beutelsbacher Konsens genügen, den Schüler:innen und Teilnehmer:innen Raum für eigene Stellungnahmen lassen sowie eine eigenständige Urteilsbildung ermöglichen. Dabei sollen aber auch grundlegende demokratische Werte und grundlegende Rechte der Völker in Frieden und Krieg verteidigt werden.

Natürlich kann eine Ausgabe, die sich mit dem Nahostkonflikt beschäftigt, nicht an den aktuellen Ereignissen vorbeigehen: Überfall der Hamas auf Israel, Massaker, Geiselnahme, Gaza-Krieg, Leiden der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen inklusive der Reaktionen darauf in Israel, dem Nahen Osten, in Deutschland, weltweit. Die Diskussionen über diese Geschehnisse werden sehr emotional geführt: Wann wird die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung antisemitisch? Wie können (dürfen?) Positionen der Palästinenser in der (deutschen) Öffentlichkeit vertreten werden? Welche Stellungnahmen und politische Forderungen sind muslimfeindlich und rassistisch? Welche müssen als antisemitisch eingeordnet werden? Auch in der Redaktion dieser Zeitschrift werden diese Fragen nicht einheitlich beantwortet. Wie sollte es auch anders sein! Einig sind wir uns darin, dass der aktuelle Konflikt und Krieg in Gaza durch den terroristischen Überfall der Hamas auf Israel ausgelöst wurde und dass Israel selbstverständlich das Recht besitzt, sich gegen diese Aggression zu wehren. Einig sind wir uns aber auch, dass das Vorgehen Israels im

Gaza-Krieg kritisch diskutiert werden muss. Es bestehen zumindest diskussionswürdige Zweifel daran, ob dieses Vorgehen angemessen ist und ob die Zivilbevölkerung bei den Kriegshandlungen ausreichend geschont wird. Es gibt belastbare Argumente dafür, dass der Krieg von (Teilen) der israelischen Regierung mit Zielen geführt wird, die auch vage Hoffnungen auf einen zukünftigen Frieden vollends zerstören (Diese Kriterien werden genannt bei: Nicole Deitelhoff, Rainer Forst, Klaus Günther und Jürgen Habermas 2023: www.normativeorders.net/2023/grundsätze-der-solidarität).

Es ist immer zu prüfen, ob sich hinter der Kritik an Israel antisemitische Positionen verbergen, es kann aber nicht von Vorneherein unterstellt werden, dass jegliche Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung antisemitisch ist.

Bei der Planung dieses Hefts hatte sich die Redaktion vorgenommen, auch palästinensische Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Dies ist uns leider nicht gelungen. Wir haben es nicht geschafft, dafür eine Autorin oder einen Autor zu finden, die oder der dazu einen Beitrag leisten kann. Das bedauern wir sehr.

Deshalb und auch weil das Thema in einem einzigen Heft dieser Zeitschrift nicht umfassend behandelt werden kann, empfehlen wir folgende aktuelle Literatur zur weiteren Vertiefung:

Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2024, 16. März 2024: Naher Osten: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/naher-osten-2024/>

Wolfgang Kraushaar 2024: Israel: Hamas – Gaza – Palästina. Über einen scheinbar unlösbaren Konflikt. Hamburg.

Im Abschnitt des Hefts, der sich mit dem Landesverband beschäftigt, finden Sie Beiträge zum Bayerischen Verfassungstag und zum Abiturpreis.

Im Besprechungsteil werden Bücher zu aktuellen Themen (u. a. auch zum Hefttitel) vorgestellt.

Dr. Peter Herdegen im Namen der Redaktion

Der Nahostkonflikt

Die Zivilgesellschaft in Israel nach dem 7. Oktober

Die grausamen Terroranschläge der Hamas am 7. Oktober 2024 auf israelische Kibbuzim und Ortschaften sowie auf ein Musikfestival in der Nähe des Gazastreifens haben die Israelis auf brutalste Weise aus ihrem Alltag gerissen. Erst langsam wurde das ganze Ausmaß des Schreckens deutlich. Wie gelähmt verfolgten die Menschen die Nachrichten, die langsam aus dem Süden des Landes zu ihnen drangen, viele in Schutzräumen vor den Raketen der Hamas aus Gaza und der Hisbollah aus dem Libanon. Zu Chaos und Raketen kam die Angst vor Unruhen zwischen jüdischen und arabischen Israelis innerhalb des Landes.

Lange Zeit hatten sich viele Israelis vor größeren Angriffen aus dem Gazastreifen sicher gefühlt. Die Armee hatte einen massiven Schutzwall mit modernster Hightech-Überwachung errichtet, der unüberwindbar schien. Das Vertrauen, dass der jüdische Staat seine Bürger im Ernstfall schützen würde, war groß. Mit der Hamas gab es zwar alle paar Jahre einen begrenzten Konflikt, aber man vertraute darauf, dass die Organisation ihre Stellung nicht durch einen umfassenden Krieg gefährden würde. Umso tiefer war der Schock des 7. Oktober, der ein fundamentales Versagen der politischen und militärischen Führung offenbarte.

Tatsächlich traf der Terroranschlag die Israelis in einer der tiefsten sozialen Krisen, die das Land je erlebt hat. 100.000 Menschen waren Woche für Woche auf die Straße gegangen, um gegen die von der rechtsextremen Regierung Benjamin Netanjahus geplante Demontage der Justiz zu demonstrieren. Die Gesellschaft war tief gespalten, die Gefahr eines Bürgerkriegs schien greifbar.

Doch das grausame Massaker der Hamas drängte solche innergesellschaftlichen Spannungen vorerst in den Hintergrund. Statt in hilfloser Schockstarre zu verharren, schaltete die israelische Gesellschaft automatisch in den Notfallmodus. Als die ersten Schreckensnachrichten eintrafen, machten sich einzelne Israelis wie der Politiker und ehemalige Generalmajor der IDF, Jair Golan, auf den Weg in den Süden, um auf eigene Faust Opfer aus den Fängen

der Terroristen zu befreien. Viele andere meldeten sich bei ihren Armeeeinheiten und folgten der Masseneinberufung von Reservisten, die in den nächsten Tagen folgte. Tausende im Ausland lebende Israelis kämpften um Plätze in den wenigen Flugzeugen, die noch



Dr. Daniel Mahla; Foto: privat

nach Israel abhoben, um sich freiwillig zum Reservendienst zu melden und ihr Land zu verteidigen.

Am beeindruckendsten war jedoch das breite Engagement der Zivilgesellschaft in den folgenden Wochen und Monaten. So stellten die Regierungsgegner innerhalb weniger Stunden ihre gesamten Aktivitäten von Protest auf Hilfe um. Ein angemietete Kongresszentrum in Tel Aviv mit mehreren tausend Freiwilligen wurde zur Zentrale für groß angelegte Hilfsaktionen. Erste Hilfe und Unterkünfte für Flüchtlinge und Evakuierte wurden über Whatsapp und andere soziale Medien organisiert. Die Bewegung, die stark in der israelischen High-Tech-Szene verankert ist, machte sich sofort daran, Programme zu entwickeln, die die chaotischen Informationen und Bilder aus dem Süden systematisch auswerteten. Auch nachdem die Armee wenige Tage später alle Terroristen neutralisiert und die israelischen Gebiete um den Gazastreifen unter ihre Kontrolle gebracht hatte, herrschte weiterhin große Unsicherheit über den Verbleib Hunderter Menschen. Die Protestbewegung setzte nun Technologie und Freiwillige ein, um herauszufinden, welche Personen von der Hamas und anderen in den Gazastreifen verschleppt und welche ermordet worden waren. Noch Wochen später lieferten die Freiwilligen der Armee und dem Geheimdienst wichtige Informationen.

Das Engagement der Zivilgesellschaft ging jedoch weit über die Hilfe für die direkten Opfer des Terroranschlags hinaus. Da es der Armee an Ausrüstung für die anschließende Massenmobilisierung fehlte, sammelten Israelis im ganzen Land Zelte, Schlafsäcke und andere für die Reservisten notwendige Spenden, um die Truppen zu unterstützen. Darüber hinaus zwang der Raketenbeschuss durch Hamas und Hisbollah rund 200.000 Israelis, ihre Häuser und Dörfer zu verlassen und ins Landesinnere zu fliehen. An der Nordgrenze, wo die Angst vor eindringenden Terroristen und eine weitere Eskalation der kriegesischen Handlungen hinzukamen, wurden ganze Städte evakuiert, wie z. B. Kiryat Schmona nahe der libanesischen Grenze. Diese 200.000 Menschen wurden über das ganze Land verteilt und teils in Privathäusern oder Wohnungen, teils in Hotels oder anderen Einrichtungen untergebracht. Viele Israelis beteiligten sich an der Hilfe für die Evakuierten, indem sie freien Wohnraum zur Verfügung stellten, Kleidung, Wohnungseinrichtungen, Spiele und andere Dinge sammelten oder monatelang regelmäßig für die Menschen kochten.

Im Angesicht der äußeren Bedrohung, so schien es manchem, waren die inneren Gegensätze überwunden. In der Tat herrschte ein enormes Gefühl der Gemeinsamkeit, des Zusammenhalts und des Willens, den zionistischen Traum zu verteidigen. Diese enorme innere Mobilisierung hatte freilich auch ihre Schattenseiten. Die Reihen schlossen sich, und wie so oft in Krisensituationen verengte sich der Blick der Israelis auf die komplexe Realität. Das Trauma des brutalen Terrors vermischte sich mit den Erinnerungen an historische Verfolgungen und vor allem an die Shoa und machte blind für das Leid der anderen Seite.

Und auch in Israel selbst wurde die Einheit bald brüchig. Palästinensische Bürger waren von Anfang nur in sehr begrenztem Maße Teil dieser Solidarität gewesen. Aber auch innerhalb der jüdischen Gesellschaft kam es bald wieder zu Spannungen. Die Regierung Netanjahu versuchte mit politischen Manövern vom eigenen Versagen abzulenken. Bald wurde offen diskutiert, ob der Krieg im Gazastreifen tatsächlich noch den proklamierten Kriegszielen diene oder nicht vielmehr dem politischen Überleben des Ministerpräsidenten. Selbst die Frage der israelischen Geiseln schien zum Spielball der Politik zu werden. Ihre Bilder und Geschichten begleiteten die Israelis auf Schritt und Tritt und standen im Mittelpunkt vieler Gedenkstunden und bald auch Demonstrationen. Gleichzeitig machte sich ein tiefes Misstrauen gegenüber der Regierung und ihrem Engagement für die Freilassung der Geiseln breit. Zu

der äußeren Bedrohung, der Zermürbung durch Terror und Krieg und den weltweiten antiisraelischen Ressentiments gesellte sich das Wiederaufleben der inneren Zerrissenheit. Israel erscheint heute gebrochener und verzweifelter denn je.

Vor diesem Hintergrund verlor die Regierung Netanjahu nach Ausbruch des Krieges rapide an Zustimmung. Dabei ging es nicht nur um die Fehler, die den 7. Oktober möglich gemacht hatten, sondern vor allem um das Versagen der politischen Führung seither. Während die Notwendigkeit des Krieges im Gazastreifen für die große Mehrheit der jüdischen Israelis nie in Frage stand, brachten die inneren Konflikte der Regierung, die schamlose Ausnutzung der Situation durch rechtsextreme Siedler für ihre apokalyptischen Visionen sowie das Verhalten gegenüber befreundeten Staaten, das Israel bald weitgehend isolierte, weite Teile der Bevölkerung gegen das Kabinett Netanjahu auf. Schon früh wurde der Ruf nach Neuwahlen laut. Wurde diese Forderung anfangs nur von wenigen unterstützt, so werden sie heute immer lauter. Auch Demonstrationen gegen die Regierung finden wieder regelmäßig statt. Ob diese jedoch ein kritisches Ausmaß erreichen, bleibt abzuwarten.

Doch bei aller Ambivalenz und Vielschichtigkeit bleibt die enorme gesellschaftliche Mobilisierung in den ersten Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober ein herausragender gesellschaftlicher Akt der Solidarität und Menschlichkeit. Darüber hinaus bieten die Reaktionen auf den Terror vom 7. Oktober auch viele Impulse für eine vielfältige und umfassende gesellschaftliche Solidarität. So retteten im Süden des Landes lebende Beduinen zahlreiche jüdische Israelis vor dem sicheren Tod. Der muslimische Sanitäter Awad Darawshe versorgte Besucher des Nova-Musikfestivals, bis er selbst von Terroristen ermordet wurde. Der israelische Unternehmer Maoz Inon ließ alles stehen und liegen, als er am 7. Oktober von der Ermordung seiner Eltern erfuhr, und tourt seitdem durch Israel und die Welt, um Kräfte für Frieden und Versöhnung zu mobilisieren. Organisationen wie „Standing Together“, die sich für das Zusammenleben von Juden und Arabern einsetzen, erhielten Zulauf. Zweifellos sind diese Kräfte eine kleine Minderheit. Und doch sind sie ein wichtiger Lichtblick in einer so dunklen Zeit. Trotz allem, so zeigen sie, gibt es Menschen, die die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern nicht aufgeben wollen. Und das ist angesichts der weltweiten Polarisierung nicht nur im Nahen Osten eine kraftvolle Botschaft.

*Dr. Daniel Mahla, Department of Jewish History
/ Haifa Centre for German and European Studies,
University of Haifa*

Der Nahostkonflikt und die Vereinten Nationen – Das Lernfeld „Krieg und Frieden“ als Herausforderung schulischer Bildungsarbeit¹

Zur Problemlage

Der Nahostkonflikt ist nach den Ereignissen vom 07.10.2023 mehr denn je zu einer Bewährungsprobe der USA als „ehrlichem Makler“ sowie zur Frage der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen (VN) geworden. Nicht zuletzt hängt eine Konfliktlösung von den USA und den VN ab, jedoch nicht zuletzt auch von den Machtkonstellationen in Israel selbst. Je nach Ausrichtung der Regierungen - erkennbar an der eher kompromissbereiten Arbeiterpartei oder dem rechtskonservativen Likud-Block bzw. der ultraorthodoxen und militaristischen Siedlerbewegung - ändert sich auch der Wille zur Verständigung mit den Palästinensern. Demgegenüber steht auf palästinensischer Seite eine Volks- und Massenbewegung, die sich unter den asymmetrischen Machtverhältnissen der israelischen Besatzungspolitik und dem Leidensdruck der Bevölkerung zunehmend radikalisierte.

Es ist Konsens, dass es einer neutralen Instanz zur Konsolidierung des Konflikts bedarf, die kraft ihres Anspruchs von den VN ausgehen muss. Die Ohnmacht der VN zeigt sich jedoch darin, dass ihre Vermittlungsversuche zumeist scheiterten, obwohl sie in der Region ein so weitgehendes Instrumentarium entwickelten wie in sonst keinem anderen Krisenherd.

Der israelisch-palästinensische Konflikt und die Rolle der Vereinten Nationen



Erstes Treffen des UNSCOPs am 17. Juni 1947 in Jerusalem;
Quelle: AP Photo

Die Aufteilung des Osmanischen Reichs nach dem I. Weltkrieg wurde vom Völkerbund nicht zufriedenstellend gelöst. Indem Großbritannien im Jahr 1923 das Mandat über Palästina und Transjordanien erhielt, bildete dieses als Dekolonisierungs- und Selbstbestimmungsproblem bereits eine unlösbare Aufgabe. Durch die zionistische Einwanderung trafen in der Folge zwei Nationalismen mit gleichen Gebietsansprüchen aufeinander. Die Nichterfüllbarkeit dieser doppelten Problematik musste zwangsläufig zu einer Verhärtung des Konflikts führen.

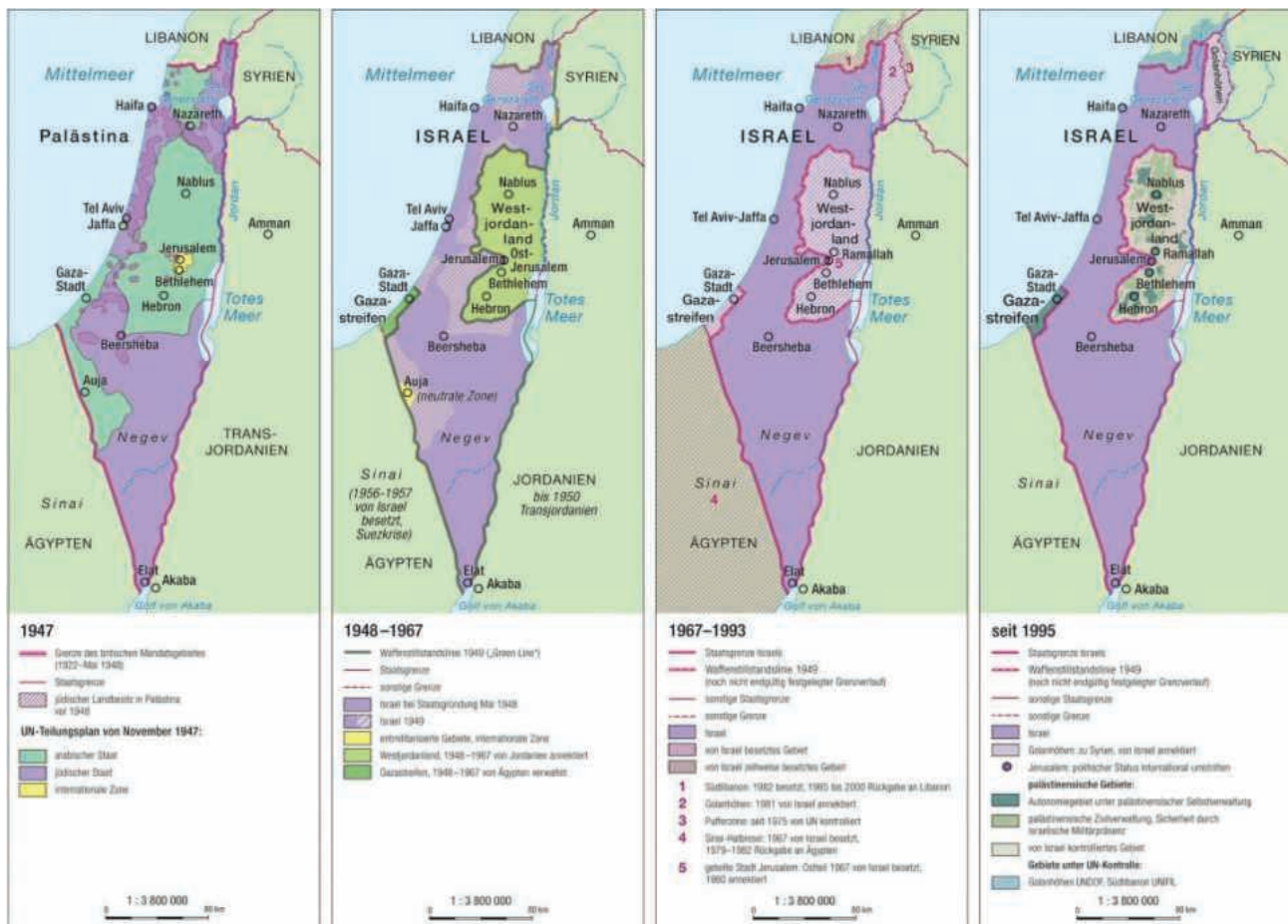
Die von Großbritannien eingesetzte „Royal Commission for Palestine“ empfahl im Jahr 1937 die Teilung Palästinas. Zwei Jahre später wurde ein jüdischer Einwanderungsstopp verhängt und die Einwanderung dergestalt beschränkt, dass der jüdische Bevölkerungsanteil ein Drittel der Gesamtbevölkerung nicht übersteigen sollte. Daneben wurden jüdische Landkäufe begrenzt. Dies führte dazu, dass die jüdische Bevölkerung ein autarkes Gemeinwesen entwickelte, das die Grundlage für einen ausschließlich jüdischen Staat sein sollte. Binationale Lösungen wurden aufgegeben.

Im Jahr 1947 wandte sich Großbritannien an die VN als Rechtsnachfolgerin des Völkerbunds. Mit dem durch Resolution 106 gebildeten Ausschuss, dem „United Nations Special Committee on Palestine“ (UNSCOP), wurde der Versuch unternommen, den Konflikt durch einen Mehrheitsplan zur Teilung des Landes und einen Minderheitsplan für einen föderativen Staat zu lösen. Ersterer sah die Teilung Palästinas in einen jüdischen und arabischen Staat sowie eine internationale Zone um Jerusalem (unter Verwaltung der VN) vor, zweiterer sollte einen föderativen Staat Palästina mit beiden Völkergemeinschaften mit einer gemeinsamen Hauptstadt Jerusalem bilden. Die jüdische Bevölkerung akzeptierte den Mehrheitsplan, die Araber lehnten die Vorschläge ab, da sie die Integrität Palästinas in Gefahr sahen. Stattdessen wurde das Selbstbestimmungsrecht durch ein Referendum gefordert. Im November 1947 entschieden die VN durch Resolution 181(II) die Teilung des Mandatsgebiets. Die vorgesehenen Territorien waren jedoch in absurder Weise ineinander verschränkt. Großbritannien hatte vorab angekündigt, sich zum 15.05.1948 aus Palästina zurückzuziehen.

Am 14.05.1948 rief Premierminister Ben Gurion den Staat Israel aus, der sich damit aus eigener Machtvollkommenheit heraus konstituierte. Mit dem sofortigen Einmarsch Ägyptens, Jordaniens, des Irak und Syriens entstand ein zwischenstaatlicher Krieg, in dessen Verlauf Israel etwa 77 Prozent des Mandatsgebiets reklamierte, was weit über das im Teilungsplan von 1947 zuge dachte Gebiet hinausging. Die v. a. nach Jordanien, in den Gaza-Streifen, in den Libanon und nach Syrien geflüchteten etwa 750.000 Palästinenser entwickelten sich von da ab zu einem politischen und sozialen Problem in den Nachbarstaaten. Im Dezember 1948 erließen die VN die Resolution 194 (III), durch welche die „*Conciliation Commission for Palestine*“ (CCP) eingesetzt wurde. Sie sollte sowohl die Internationalisierung Jerusalems als auch das Rückkehrrecht für alle Flüchtlinge garantieren und sah vor, dass für zurückkehrende Flüchtlinge eine Restituierung ihres Eigentums und für nicht zurückkehrende Flüchtlinge eine Entschädigung für verlorenes Eigentum gezahlt werden sollte. Während Israel nur aufgrund der Anerkennung der Resolutionen 181 (II) und 194 (III) 1949 in die UNO aufgenommen wurde, wurden die Flüchtlinge weder repatriert noch entschädigt. Das israelische Parlament erließ

dagegen wenig später ein Gesetz, das die Enteignung aller geflohenen Palästinenser vorsah. Mit dem Flüchtlingsproblem der Palästinenser konfrontiert, gründeten die VN im Jahr 1949 das Hilfsprogramm „*United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Middle East*“ (UNRWA), um in den Nachbarstaaten Flüchtlingslager zu errichten. Die Flüchtlingsfrage wurde so von Israel an die arabischen Nachbarländer delegiert.

Der von Israel präventiv geführte Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 schlug eine entscheidende Zäsur in die geopolitische Landschaft des Nahen Ostens. Gründe hierfür waren u. a. die Zuspitzung der Konflikte um das Jordanwasser sowie die Aufrüstung Israels durch den Westen und v. a. Ägyptens durch die Sowjetunion. Israel glaubte u. a. durch Pufferzonen seine strategischen und politischen Positionen verbessern zu können, wodurch jedoch Hunderttausende von Palästinensern unter israelische Regierungsgewalt gerieten, so dass eine zweite Flüchtlingswelle in die Nachbarstaaten überschwappte. Mit der Resolution 242 legte der Sicherheitsrat dann die Prinzipien nieder, die heute noch als Eckpunkte einer Zweistaatenlösung gelten, indem der Rückzug Israels aus den Gebieten gefordert wird, die während des Krieges 1967 besetzt



Israel - territoriale Entwicklung; Quelle: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/israel-336/276752/karten/>

wurden.

Der von Ägypten und Syrien 1973 gegen Israel geführte „Jom-Kippur-Krieg“ verfestigte die Konfliktstandpunkte. Gleichzeitig wurde in Westeuropa eine zunehmende Kritik an der automatischen Unterstützung Israels durch die USA laut. Mit der Resolution 338 bestimmte der Sicherheitsrat dann, „dass die Parteien Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufnehmen sollten, gleichzeitig mit der Feuereinstellung einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen.“

Auf der Konferenz in Rabat im Oktober 1974 erkannten die arabischen Staaten die „Palestine Liberation Organization“ (PLO) als legitime Vertreterin der Palästinenser an, worauf die Vollversammlung der VN in Resolution 3236 erstmals deren Recht auf Selbstbestimmung sowie das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität festschrieb. Die PLO erhielt mit Resolution 3327 vom November 1974 einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Während die VN zunehmend die Lösung des Palästina-Problems als Friedensvoraussetzung im Nahen Osten betrachteten, verfolgten die USA eine Strategie separater Verhandlungen, wobei das Abkommen von Camp David 1978 und der ägyptisch-israelische Friedensvertrag 1979 erste Bausteine in ihrem System der „pax americana“ sein sollten. Deutlich werden an den gegensätzlichen Konfliktbeilegungsstrategien die Theorien der internationalen Beziehungen deutlich, wonach die VN eine multilaterale idealistische Politik und die USA dagegen eine unilaterale Realpolitik verfolgen.

Eines der Haupthindernisse im Nahostkonflikt bildet die israelische Siedlungs- und Annexionspolitik, die sich trotz umfänglicher Interventionen der VN ab Ende der 1970er Jahre verschärfte, als Israel die Errichtung von Siedlungen im Westjordanland stark forcierte. Hierzu trugen die Annexionen Ost-Jerusalems, deren Ausrufung als israelische Hauptstadt 1980 sowie die der Golan-Höhen 1981 bei, worauf der Sicherheitsrat diese Maßnahmen umgehend für völkerrechtswidrig erklärte und die Siedlungspolitik in weiteren Resolutionen anprangerte. Im Jahr 1982 lehnte Ministerpräsident Begin den Plan von US-Präsident Reagan zum Stopp des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten ab.

Der Widerstand gegen die Siedlungspolitik entlud sich 1987 in der Massenbewegung der Intifada. In immer schärferen Resolutionen versuchte die Generalversammlung zu intervenieren. So heißt es in der Resolution 43/21 von 1988: „Die Generalversammlung, in Kenntnis des andauernden Aufstands verurteilt Israels Praktiken, die eine Verletzung der Menschenrechte des palästinensi-

schen Volkes in den besetzten Gebieten einschließlich Jerusalems darstellen, und Handlungen, bei denen wehrlose Zivilisten getötet, verwundet und ausgewiesen wurden, Prügeln und Knochenbrechen, die Auferlegung restriktiver wirtschaftlicher Maßnahmen, die Zerstörung von Häusern, kollektive Bestrafung sowie Massenverhaftungen. Sie verlangt, dass die Besatzungsmacht Israel das 4. Genfer Abkommen vom August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten einhält.“ Daraufhin verkündete Palästinenserführer Arafat auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrats im November 1988 in Algier die Errichtung eines Palästinenserstaats mit der Hauptstadt Ostjerusalem. Gleichzeitig erkannte er das Existenzrecht Israels an.

Auf Seiten der arabischen Staaten und der Palästinenser zeichnete sich daraufhin ab den 1990er Jahren eine Beilegung des Konflikts nach der Formel „Land gegen Frieden“ ab. Nach anfänglichen Geheimverhandlungen in Oslo akzeptierte Ministerpräsident Rabin im Jahr 1993 die Resolutionen 242 und 338 sowie das Existenzrecht eines palästinensischen Staates. Im Oslo I-Abkommen verständigten sich die Kontrahenten auf eine Teilautonomie der palästinensischen Gebiete und auf erste Schritte zu einer Friedensregelung. 1994 folgte das Gaza-Jericho-Abkommen, mit dem Ziel, im Jahr 1999 einen Staat Palästina auszurufen. 1995 folgte mit Oslo II ein zweites Autonomieabkommen.

Mit der Ermordung Rabins im November 1995 war der Friedensprozess faktisch am Ende. Nutznießer war der von Ministerpräsident Netanjahu geführte Likud-Block, der einen Staat Palästina und jede Änderung des Status von Jerusalem ablehnte. Die Konferenz in Camp David im Jahr 2000 zwischen US-Präsident Clinton, Barak und Arafat verlief ergebnislos. Zum Zweck von weiteren Gebietsgewinnen verfolgte Israel die Abriegelung der Palästinensergebiete durch den Bau stark befestigter Sperranlagen und Mauern.

Zur Frage des Völkerrechts und der Rolle der Vereinten Nationen

In der Resolution 242 zeigt sich, dass der Prozess der Staatenbildung des Mandatsgebiets Palästina völkerrechtlich nicht abgeschlossen ist und folglich dieses Territorium kein eigenes Völkerrechtssubjekt darstellt. Somit wird hier formal ein Souveränitätsdefizit erkennbar sowie real auch der Verlust eigener Staatlichkeit, wodurch asymmetrische Machtstrukturen in der Ausübung des Gewaltmonopols durch Israel als souveränem Staat geschaffen wurden. Dem Volk der Palästinenser fehlt es hingegen an den völkerrechtlichen Voraussetzungen

von Staatsgebiet und Staatsmacht.

Der Nahostkonflikt wird völkerrechtlich gesehen auf drei Ebenen ausgetragen. Auf der ersten Ebene stehen sich Israel und die Palästinenser gegenüber, auf der zweiten regionalen Ebene Israel und die arabischen Staaten und auf der dritten Ebene v. a. die internationalen Akteure der VN und der USA sowie - wenn auch stark abgeschwächt - die Europäische Union. Israel sieht sich einer massiven Verurteilung seiner Besatzungspolitik bis hin zum Vorwurf des Rassismus gegenüber den Palästinensern ausgesetzt, so dass es eine Friedenskonferenz unter dem Dach der VN stets abgelehnt hat.

Dabei sind die VN in keiner anderen Region weltweit stärker involviert, jedoch bisher eher Spiegel der Situation als Motor zu ihrer Veränderung gewesen. Dies zeigt sich in zahlreichen Resolutionen, in denen immer wieder dieselben völkerrechtlichen Prinzipien zu einer Konfliktlösung dargelegt werden. Waffenstillstandsaufrufe des Sicherheitsrats können nur ergehen, wenn alle fünf ständigen Mitglieder zustimmen. Auch konnte das Sanktionspotential der Kapitel VI und VII der UN-Charta zumeist aufgrund des Vetos der USA nicht durchgesetzt werden, obwohl die Charta die Anwendung von oder die Drohung mit Gewalt in den internationalen

Beziehungen grundsätzlich verbietet (Art. 2, Ziff. 4) sowie nur als vom Sicherheitsrat beschlossene Sanktionsmaßnahme (Art. 41 und 42) oder als Akt individueller oder kollektiver Selbstverteidigung (Art. 51) erlaubt.² Sanktionen oder humanitäre Interventionen sind nur möglich, wenn konkrete Menschenrechtsverletzungen vorliegen und eine Abwägung mit dem Souveränitätsgebot zu treffen ist.³ Könnte ein Eingreifen in staatliche Souveränitätsrechte - wie es im Jahr 1999 im Kosovo-Konflikt geschehen ist - nicht auch ein Modell für die Beilegung des Nahostkonfliktes sein?

Trotz ihrer Rolle als weitgehend „zahnloser Tiger“ sind die VN im Nahostkonflikt nicht machtlos, denn sie verfügen als Maßstab einer Friedenslösung über den Konsens der Staaten, wie er sich u. a. aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Genfer Konvention sowie insbesondere auch aus den Resolutionen 181 (II), 242 und 338 herausgebildet hat. Die VN sind nicht zuletzt das einzige Forum, vor dem auch die Länder des Südens ihre Anliegen der Weltöffentlichkeit darlegen können, wie sich dies beispielsweise im Falle der aktuellen Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) zeigt. Aufgrund der postkolonialen Erfahrungen Südafrikas durch die Politik der



Grenzanlage zu Palästina;

Quelle: www.pixabay.de



Sperranlage als Mauer bei Jerusalem ; Quelle: Wikipedia | Ralf Roletschek | GFDL 1.2)

Apartheid kann der Nahostkonflikt seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches durchaus als ein postkoloniales Projekt angesehen werden. Hier muss sich der Westen den Vorwurf gefallen lassen, dass er mit doppelten moralischen Standards operiert. Von daher ist es durchaus nachvollziehbar, dass sich die aus den Menschheitsverbrechen des Holocaust resultierende Staatsräson Deutschlands gegenüber Israel auch auf eine stärkere Mitverantwortung gegenüber den Palästinensern erstrecken und ausdehnen müsste. Die Schlüsselprobleme Menschenrechte und Toleranz, Frieden und globale Gerechtigkeit besitzen - pointiert ausgedrückt - sogar selbst Verfassungsrang, denn nach der Präambel des Grundgesetzes soll das deutsche Volk „von dem Willen beseelt sein, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“⁴

Das Lernfeld „Krieg und Frieden“ und seine schulischen Umsetzungsmöglichkeiten

Der Nahostkonflikt stellt eine „Blaupause“ für die didaktische bzw. methodische Transformation eines internationalen Konflikts im Politikunterricht dar, so dass an diesem Fallbeispiel durch die Methode der Konfliktanalyse aufgezeigt werden kann, wie Mechanismen von Gewalt und Gegengewalt funktionieren. Dabei ist zunächst die Darstellung der unterschiedlichen Interessen der Vetospieler sowie die des Sachgegenstands notwendig.⁵ Hilfen hierzu können „Leitfäden zur Konfliktanalyse“ sein, die aus Fragerastern bzw. Kategorien bestehen, um den Konflikt als Problemlösungsprozess zu strukturieren.⁶ Dabei stellen die Kategorien „Erkenntnisinstrumente“ zum Verständnis der Wirklichkeit dar.⁷ Leitfragen ermöglichen die Analyse des Konflikts, um die kontroverse Realität zu erfassen sowie die Handlungsperspektiven der

Konfliktparteien nachvollziehen zu können. Leit- und Schlüsselfragen erlauben die Formulierung von Hypothesen über Realisierungschancen von Konfliktlösungsvorschlägen.⁸

Nicht zuletzt leistet aber auch die Methode des Planspiels hierzu einen wertvollen Beitrag.⁹

Die Schärfung des Konfliktverständnisses ist hierzu eine Voraussetzung, denn meist werden mit Konflikten lediglich negative Assoziationen verbunden. Diese Wahrnehmung wird oft mit persönlichen Erfahrungen oder durch einseitige Diskussionen

über Konflikte beeinflusst. Demgegenüber ist die Auffassung kaum virulent, dass Konflikte zu einer pluralistischen Gesellschaft gehören, gesellschaftlichen Stillstand verhindern und notwendigen Wandel positiv beeinflussen. Ein solches Konfliktverständnis ist somit Teil der politischen Bildung, um so Aspekte ziviler Konfliktbearbeitung sowie Handlungskompetenzen zu eröffnen, die individuelle Entscheidungsprozesse ermöglichen. Lernziel ist nicht Sieg oder Niederlage einer der Akteure, sondern vielmehr sollen friedenspädagogische Werte und Normen wie Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit, Versöhnungs- und Kooperationsbereitschaft dazu beitragen, Feindbilder und erstarrte Denkmuster zu überwinden. Nicht zuletzt soll die Konfliktanalyse dazu befähigen, die oftmalige Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit des Politischen auszuhalten.

Die internationale Politik ist trotz ihrer Dauerpräsenz in den Medien vom Erfahrungsraum der Schule weit entfernt. Zudem erscheint sie eher als Angelegenheit von Diplomaten, so dass eine gesellschaftliche oder persönliche Betroffenheit weit entfernt ist, außer wenn z. B. Migrationsbewegungen aus Kriegsgebieten virulent werden. Auch fördert die Komplexität internationaler Politik eher die Abstinenz diesem Lernfeld gegenüber. Zur Umsetzung im Politikunterricht ist es daher notwendig, die Schärfung des eigenen Konfliktverständnisses sowie die Kompetenzen der Lernenden zu einem kategorialen Orientierungswissens zu verstärken, denn Frieden ist keine Naturkonstante, einmal erreicht und dann von Dauer.¹⁰ Bereits Kant verwies in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ im Jahr 1795 darauf, dass Frieden immer wieder neu gestiftet werden müsse.¹¹

Prof. Dr. Andreas Brunold, Augsburg

Fußnoten:

¹ Dieser Beitrag ist die stark gekürzte Fassung meines Habilitationsvortrags sowie der dazugehörigen Lehrveranstaltung zu dem Thema „Der Nahost-Konflikt und die Vereinten Nationen: Das Lernfeld „Krieg und Frieden“ als Herausforderung schulischer Bildungsarbeit“, der am 23.04.2002 an der PH Ludwigsburg gehalten wurde.

² Meyers, Reinhard (2000): *Krieg und Frieden*, in: Woyke, Wichard (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Bonn, S. 238 - 254, hier S. 243.

³ Woyke, Wichard (2000): *Intervention*, in: derselbe (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Bonn, S. 219 - 224, hier S. 221.

⁴ Siehe <https://dejure.org/gesetze/GG/Pr%C3%A4ambel.html>

⁵ Schiele, Siegfried (1988): *Konsens und Konflikt*, in: Mickel, Wolfgang/Zitzlaff, Dietrich (Hrsg.), *Handbuch zur politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 264)*, Bonn, S. 74.

⁶ Eine Konfliktanalyse ähnelt dem Politikzyklus, der Problemlösungsprozesse im Fokus hat. Dieser Unterricht verläuft als Dreischritt der Phasen Problembeschreibung bzw. Situationsanalyse, Erörterung des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses sowie Urteilsbildung

bzw. Entscheidungsdiskussion. Vgl. hierzu Akkermann, Paul/Breit, Gotthard/Cremer, Will/Massing, Peter/Weinbrenner, Peter (Hrsg.). *Politikdidaktik kurzgefasst. Planungsfragen für den Unterricht*, in: *Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 326*, Bonn 1994, S. 37 ff.

⁷ Giesecke, Hermann (1972): *Didaktik der politischen Bildung*, München, S. 177 f.

⁸ Vgl. zur Darstellung der Entscheidungsanalyse im Politikunterricht Gagel, Walter (1995): *Der Nahost-Konflikt als Aufgabe kontroversen Denkens. Didaktische Überlegungen und Vorschläge zur Planung des Unterrichts in der Sekundarstufe II.*, in: *Politische Bildung, Heft 1*, S. 121 ff.

⁹ Brunold, Andreas (2002): *Zur Problematik des Nahost-Konfliktes - aufgezeigt am Beispiel eines Planspiels*, in: *Die Unterrichtspraxis, Beilage zu b&w der GEW Baden-Württemberg, Heft 8*, S. 57 - 63.

¹⁰ Lamnek, Siegfried (2000): „Gewalt macht Spaß... .“?, *Die Mär von der entgrenzten Generation*, in: *Lehren und Lernen, Heft 12*, S. 6 f.

¹¹ Mickel, Wolfgang W./Ungerer, Lothar A. (1991): *Freiheit und Frieden im Unterricht: Didaktische Grundlagen einer Friedenserziehung, Informationen für Lehrer als Einführung und Ergänzung zur Schülerbroschüre „Freiheit und Frieden“ - Auf dem Weg zu einer Friedensordnung in Europa*, Köln, S. 3 f.



Eine Mauer trennt Israel und Palästina;

Quelle: www.pixabay.de

Zeit für praktische Solidarität mit Jüdinnen und Juden – Zehn-Punkte-Papier für jüdisches Leben in Deutschland

Jüdinnen und Juden in Deutschland benötigen seit dem 7. Oktober 2023 mehr als zuvor die Solidarität des deutschen Staates und der Gesellschaft Deutschlands.

Der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 mit über 1.200 meist zivilen Opfern und der Geiselnahme von über 200 Israelis hat zunächst weltweit Entsetzen und breite Solidarität mit Israel ausgelöst. Das Recht auf Selbstverteidigung Israels wurde weit hin akzeptiert. Doch die Situation hat sich angesichts der Verteidigungsaktion Israels im Gazastreifen nahezu verkehrt. Aus den israelischen Opfern wurden im Bewusstsein nicht nur vieler Menschen im Nahen Osten Aggressoren, die mit militärischer Gewalt gegen Palästinenserinnen und Palästinenser vorgehen – hier liegt eine dramatische Täter-Opfer-Umkehr vor. Und dabei wird allzu schnell vergessen, dass Israel der einzig demokratische Staat im Nahen Osten, hier brutal von den Hamas überfallen worden war.

Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 bestimmt Klima in Deutschland

Der Konflikt ist unmittelbar auf Europa und Deutschland übergeschwappt. In Bayern und Deutschland wird an Schulen, in sozialen Netzwerken und auf den Straßen kontrovers diskutiert und demonstriert, bis hin zu aggressiven Auseinandersetzungen. Die deutsche Politik hat sich weitgehend an die Seite Israels gestellt. In der Zivilgesellschaft dagegen herrscht häufig Schweigen und Ratlosigkeit. Jüdinnen und Juden in Bayern und Deutschland erleben einmal mehr, dass sie für die Situation im Nahen Osten kollektiv in Haftung genommen werden, während viele von ihnen um Verwandte und Freunde bangen oder trauern. Und radikale propalästinensische Gruppen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, finden Zuspruch.

Ich sehe mich daher gefordert, nachhaltig um Solidarität für Jüdinnen und Juden und die Existenz Israels zu werben. Ich sehe mich in der Pflicht, konkrete Maßnahmen zu nennen, mit denen sich Solidarität mit Israel praktisch umsetzen, Antisemitismus bekämpfen und jüdisches Le-

ben in Bayern und Deutschland schützen lässt. Zehn konkrete Maßnahmen schlage ich deshalb vor:

1. Die Verankerung des „Schutzes jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus“ als Staatsziel in Bayerns Verfassung und im Grundgesetz

- a) In der Bayerischen Verfassung sollte wie mittlerweile auch in einzelnen Landesverfassungen der Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus als Verfassungsziel fixiert werden.
- b) Neben den Landesverfassungen sollte der Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus auch im Grundgesetz verankert werden. Damit werden die staatlichen Einrichtungen und die Gesellschaft auf diese Förderung des jüdischen Lebens verpflichtet und Anstrengungen gegen Antisemitismus vorangebracht.

2. Psychisch und physisch Verletzten sollte ein Deutschlandaufenthalt angeboten werden, als Erholungs- und Rückzugsraum.

Zur Unterstützung Israels sollten die notwendigen Mittel für den Jugendaustausch bereitstehen, etwa für Begegnungsfahrten von Israel nach Bayern und Deutschland, ohne dass ein Gegenbesuch derzeit absehbar und planbar ist. Das ist ein praktisches Zeichen der Solidarität mit Israel. Einzelne Verbände, Schulen etc. haben bereits ihr Interesse an derartigen Angeboten bekundet.

Das Deutsch-Israelische Jugendwerk, das sich im Aufbau befindet, sollte finanziell in den Stand gesetzt werden, den Austausch zwischen deutschen und israelischen Jugendlichen effizient und umfassend zu organisieren. Das Beispiel der deutsch-französischen Jugendbegegnung mag hier als Vorbild dienen.

3. Einrichtung von interministeriellen Arbeitsgruppen auf Länderebene

Bayern hat 2021 eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) zur Erarbeitung und Umsetzung eines



Quelle: picture alliance/dpa | Arne Dedert

bayerischen Gesamtkonzepts „Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ eingerichtet. Dies empfehlen wir auch den anderen Bundesländern: In einer solch institutionalisierten Arbeitsgruppe können alle Aspekte zur staatlichen Förderung jüdischen Lebens und zur Bekämpfung des Antisemitismus gebündelt werden. Die staatliche Seite kann die Kooperation mit der Zivilgesellschaft über ressortbezogene und punktuelle Projekte hinaus in einen Gesamtrahmen stellen, der eine langfristige Umsetzung von Konzepten mit konstanter Evaluation und Anpassung auf neue Situationen ermöglicht. Dank der Schaffung entsprechender Strukturen konnte in Bayern auf die Folgen des 7. Oktobers 2023 schnell reagiert werden.

Zu einem Gesamtkonzept zur Förderung jüdischen Lebens gehört für mich das Kooperationsabkommen mit Yad Vashem, das die Bayerische Staatsregierung abgeschlossen hat. Es sieht den Austausch, die Schulung etc. von vielen Berufsgruppen und Multiplikatoren vor.

4. Deutschlandweite Umsetzung der bayerischen IHRA-Strategie

Die Bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände sowie über 80 Verbände, Vereine, Kirchen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, Kirchen und NGOs haben die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Handlungsgrundlage angenommen. Es gab eine breite Diskussion mit Gremien und Mitgliedern der genannten Organisationen über jüdisches Leben, Antisemitismus, Israel today – ohne einen negativen Anlass.

Die Definition klärt, welche Handlungen und Haltungen antisemitisch sind, und anhand von Beispielen insbesondere, welche Haltung zu Israel vertretbar ist und wo vermeintliche „Israelkritik“ ein Deckmantel für antisemitische Ansichten ist. Dieser Ansatz sollte deutschlandweit verfolgt werden.

5. Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Gemeinden und Institutionen

Angesichts der aktuellen Lage müssen die Sicherheitsmaßnahmen kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. In Anbetracht der angespannten Personallage der Polizei sollten den jüdischen Gemeinden und Institutionen auch Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit diese zusätzliches Sicherheitspersonal beschäftigen können.

6. Paten- und Partnerschaften für israelische Gemeinden und Einrichtungen

Städte, Gemeinden, Bezirke sowie große deutsche NGOs (Rotes Kreuz, Feuerwehren, THW, Wohlfahrtsverbände, Handwerk, berufsständische Vereinigungen, Kammern etc.) sollten Partnerschaften mit israelischen Organisationen aufbauen. Dabei können sie an bereits bestehende Beispiele anknüpfen. Für Bayern kann dafür das Büro des Freistaats Bayern für Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Bildung und Jugendaustausch, das 2017 in Tel Aviv eröffnet wurde, noch stärker als bisher Unterstützung leisten und die strategische Zusammenarbeit zwischen Israel und Bayern fördern. Für Deutschland kann hier die Botschaft Unterstützung bieten.

7. Klare Stellungnahme der Islamverbände und Förderung interreligiöser Dialogs

Auch wenn Muslime nicht so stark institutionell vernetzt sind wie das bei den klassischen christlichen Kirchen der Fall ist, fordere ich die Islam-Verbände in Deutschland auf, sich noch stärker als bisher vom Terror der Hamas zu distanzieren und mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, v. a. auch mit jüdischen Gemeinden, den Dialog zu suchen. Ein positives Zeichen haben die gegenseitigen Besuche von Imamen und der Jüdischen Gemeinde Köln Ende Oktober 2023 gesetzt. Bewährte Modelle interreligiöser Zusammenarbeit wie das Projekt „Youthbridge“ der Europäischen Janusz-Korczak-Akademie können als Beispiel dienen.

Pauschale Verurteilungen „der Muslime“ sowie Angriffe auf muslimische Bürger und Einrichtungen sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen.

8. BDS-Bewegung klar als antisemitisch benennen

Wie der Deutsche Bundestag im Mai 2019 sollen die Landesparlamente die Boykottbewegung gegen Israel (BDS: Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) als antisemitisch verurteilen und die vom Bundestag verabschiedeten Beschlüsse übernehmen. Dazu gehört auch die Umsetzung der dort beschriebenen Maßnahmen. Auf Landes- und kommunaler Ebene sollte etwa die Möglichkeit geschaffen werden, die Vergabe kommunaler Räume an BDS-unterstützende Organisationen zu unterbinden. Vergleichbare eindeutig antisemitische Bewegungen müssen klar identifiziert werden, ihre Betätigung mit rechtlichen Mitteln eingeschränkt werden, wie dies etwa mit

dem bundesweiten Verbot des Samidoun-Netzwerks geschehen ist.

Das Ziel muss eine bundesweit eindeutige Positionierung gegen die BDS sein. Denn BDS praktiziert eine undifferenzierte Strafpolitik gegen israelische Unternehmen, Künstler und Organisationen.

9. Verbesserung des Wissensstandes zu Israel im Bildungsbereich

Wie Studien u. a. im Auftrag des Zentralrats der Juden zum Israelbild in Schulbüchern zeigen, herrscht bzgl. der Lehrpläne und Lehrmaterialien und in Lehrerbildungsplänen großer Bedarf an besserer Wissensvermittlung zu Antisemitismus, zum Nahostkonflikt sowie zu „Israel today“.

Ich schlage eine konzentrierte Umsetzung der „Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“

vor. Die Empfehlung benennt nicht nur umfassend praktische Möglichkeiten der Behandlung des Themas Antisemitismus in Unterricht und Schulleben, sondern listet auch zahlreiche Maßnahmen für die Bildungsverwaltung und Bildungspolitik auf. Ein praxisnahes Angebot für den Schulbereich wie die Website „Bayern gegen Antisemitismus“ des Bayerischen Kultusministeriums bietet Hilfe für konkrete „Handlungsräume“ – etwa Klassenzimmer oder Lehrerzimmer – und darüber hinaus eine Fülle von Hintergrundinformationen und Materialien.

Träger der außerschulischen Bildung wie die Volkshochschulen, Akademien und andere sind zentrale Multiplikatoren für Wissen über die Geschichte des Antisemitismus, über jüdisches Leben in Deutschland und über Israel und den Nahen Osten. Auch in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem im Sportbereich, muss Antisemitismus entschieden bekämpft werden. Das Präventionsprojekt „Zusammen1“ von Makkabi Deutschland, die Arbeit des FC Bayern München, von Borussia Dortmund oder dem 1. FC Nürnberg dienen als positive Beispiele.

10. Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus im Wissenschaftsbereich – Förderung der

Kompetenzen zu jüdischem Leben und zu Israel

Dazu gehört die Eindämmung antisemitischer Veranstaltungen sowie die Unterstützung jüdischer, israelischer und mit Israel solidarischer Studierender. An vielen Hochschulen haben antisemitische Veranstaltungen zugenommen, werden jüdische und israelische Studierende ebenso angegangen wie solche, die sich mit Israel solidarisieren. Die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten hat

sich mit drei Forderungen an die Hochschulrektorenkonferenz gewandt, nämlich Rechtsverstöße auf Veranstaltungen zu unterbinden, Maßnahmen zum Schutz jüdischer, israelischer und sich mit Israel solidarischer Studierender zu gewährleisten und Antisemitismusbeauftragte an den Hochschulen einzusetzen. Das wurde in Bayern mittlerweile an allen Hochschulen realisiert.

Ferner sollte die Israelkompetenz in Wissenschaft und Forschung gestärkt werden: In Bayern und Deutschland

sollten bestehende Angebote zu Studium und Vermittlung von Kenntnissen über Israel und den Nahen Osten ausgebaut werden. Und positive Beispiele aus der Lehrerbildung wie der Erwerb des Zertifikats der Antisemitismuskritischen Bildung in Unterricht und Schule an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg sollten auch anderenorts angeboten werden.

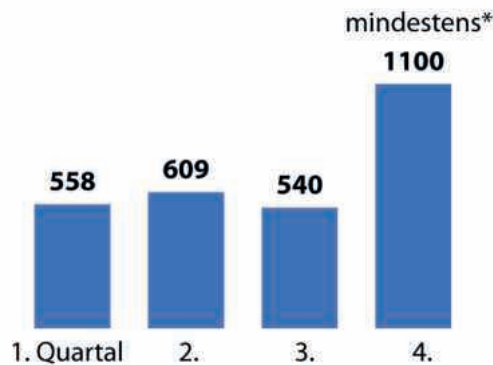
Fazit:

Diese 10 Punkte dienen der Förderung jüdischen Lebens und der Bekämpfung des Antisemitismus – vor allem mittel- und langfristig. Sie werden aber nicht genügen. Der wehrhafte Rechtsstaat, der die Rechte von Jüdinnen und Juden schützt, mit Sicherheitsbehörden und Justiz ist derzeit mehr denn je gefragt – knapp 600 antisemitische Straftaten gab es 2023 allein in Bayern, eine große Zahl davon nach dem 7. Oktober. Und wir selbst können durch eine „Kultur des Hinschauens“ unseren Beitrag zur Förderung jüdischen Lebens leisten. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und den staatlichen Behörden den Kampf gegen Antisemitismus überlassen. Gesellschaft und Staat sind hier in der Pflicht.

Dr. Ludwig Spaenle, München

Antisemitische Straftaten

in Deutschland im Jahr 2023



*allein in Zusammenhang mit Nahost-Eskalation, Gesamtzahl liegt wahrscheinlich höher

dpa • 106553

Quelle: Bundeskriminalamt, dpa

ANTISEMITISMUS

Grundlagen – Definitionen – Kontroversen – Literatur

1. Einleitung

Nach dem brutalen Überfall am 7. Oktober 2023 auf Israel fühlten sich viele Jüdinnen und Juden in Deutschland alleine gelassen. Entsetzen über das Geschehen und Empathie mit den Opfern waren nach ihrer Meinung in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrzunehmen. (z. B. Levit 2023; Vowinckel 2023). Drohungen und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden sowie Kundgebungen, die den Überfall und das Massaker vom 7. Oktober als Heldentat feierten, verunsichern und verängstigen Jüdinnen und Juden in Deutschland zusätzlich.

Auf der anderen Seite beklagen sich Menschen in Deutschland, die aus Palästina stammen oder Verbindungen zu Palästina haben, dass sie ohne weiteres für die Massaker der Hamas moralisch in Haftung genommen werden und Protestaktionen gegen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gaza-Streifen von Vorneherein als Antisemitismus ausgelegt werden. (z. B. rbb24 2023)

Lehrerinnen und Lehrer werden sich im Fach Politik und Gesellschaft mit diesen Positionen auseinandersetzen müssen, wenn sie im Unterricht den Palästina-Konflikt und seine aktuellen Entwicklungen behandeln. Dazu sollten sie sich zunächst einmal bewusst machen, was Antisemitismus ist und welche Verbindungen zwischen Antisemitismus und Israelkritik bestehen. In diesem Aufsatz soll versucht werden, Gemeinsamkeiten, Spannungsverhältnisse und Gegensätze von Israelkritik und Antisemitismus herauszuarbeiten. Viele Fragen können hier nur andiskutiert werden. Der Aufsatz bietet aber einige Hinweise auf weiterführende Literatur.

2. Moderner Antisemitismus¹

Ein „wesentliche[s] Muster des Antisemitismus“ ist nach Klaus Holz und Thomas Haury, dass die Juden alle Kennzeichen der Moderne geschaffen haben, die von Antisemiten abgelehnt und als negativ empfunden werden (Holz/Haury 2023, 22). Die Juden werden „nicht nur für einzelne soziale Probleme verantwortlich gemacht, sondern man [identifiziert] sie mit der kapitalistischen Moderne als solcher“ (Beyer 2015, 574). Antisemiten behaupten, „der Jude“ zersetze die ursprüngliche Gemeinschaft des Volkes und ersetze sie durch die unverbindliche, nur lose ver-

knüpfte Gesellschaft. „Die ‚Juden‘ verkörpern alle abgelehnten und verunsichernden Kernphänomene der Moderne - Geld, Geist, Materialismus, Konkurrenz, Gewinnstreben, Vermittlung, Wurzellosigkeit, Kosmopolitismus, Veränderung, Mobilität, Ambivalenz, Konflikt, Uneindeutigkeit, Individualismus, Universalismus -, all das, was die ersehnte ‚Volksgemeinschaft‘ permanent dementiert. Sie sind das ‚Anti-Volk‘, nicht das ‚andere Volk‘.“ (Holz/Haury 2023, 26)

Antisemiten personalisieren zudem gesellschaftliche Prozesse: Das Finanzkapital tritt zum Beispiel auf als „die Rothschilds, der IWF, die Weisen von Zion, George Soros ...“ (Holz/Haury 2023, 23).

Die Juden sind dabei die Angreifer, gegen die das eigene Volk geschützt werden muss. Sie sind gleichzeitig unterlegen und überlegen. Unterlegen, weil sie eine „Rasse“ bilden, die nicht selbständig existieren kann, sie sind als „Parasiten“ auf die Ausbeutung anderer Völker angewiesen. Überlegen sind sie in den Augen der Antisemiten, weil sie in der Lage sind, andere Völker auszubeuten und zu zerstören. Damit vernichten sie letztlich die Lebensgrundlagen aller Menschen. Nur der Antisemit erkennt die Gefahr. Weil „der Jude“ nach Weltherrschaft strebt und damit die Menschheit als Ganzes bedroht, genügt es auch nicht das „jüdische Volk“ zu unterdrücken, es muss ausgerottet werden. Der Antisemitismus unterscheidet sich damit von allen anderen Arten von Rassismus. Der Rassismus sieht zwar andere Völker und „Rassen“ auch als unterlegen an, „begnügt“ sich aber im Normalfall mit ihrer Unterdrückung und Ausbeutung. Der Rassismus kann auch paternalistisch auftreten. Dann brauchen die minderwertigen „Rassen“ die Leitung und „Fürsorge“ der ihnen überlegenen Herren. Das ist beim Antisemitismus anders: Hier geht es um den Kampf gegen das absolut Böse.

Heiko Beyer fasst die „Strukturprinzipien antisemitischen Denkens“ folgendermaßen zusammen:

„Demnach werden die Juden sowohl für die negativen Seiten ökonomischer, politischer und kultureller Modernisierung verantwortlich gemacht (Personifizierung) als auch zum ‚Bösen‘ schlechthin stilisiert, das es aus der Welt zu vertreiben gelte (Manichäismus). Das eigene Kollektiv wird dabei im Gegensatz zu ‚den Juden‘ als moralisch überlegen, naturwüchsig und gesund vorgestellt und auf diese Weise überhöht.“ (Beyer 2015, 576)

Diese Strukturprinzipien sind in den verschiedenen Spielarten des Antisemitismus (religiös-antijüdisch, völkisch-rassistisch, sekundär-schuldabwehrend, antizionistisch/antiisraelisch, arabisch-islamistisch) zu finden.

Einen Überblick über die Grundlagen des Antisemitismus findet man bei Holz/Haury 2023, 7-30; Beyer 2015 sowie Salzborn 2014 bzw. 2020.

3. Definitionen

Zwei Definitionen von Antisemitismus werden in der Literatur immer wieder zitiert: die Definition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) und die „Jerusalem Declaration“.

Die IHRA hat 2016 eine „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ vorgelegt. Die IHRA will als zwischenstaatliche Organisation Aktivitäten unterstützen, die über die Shoah und den Genozid an den Sinti und Roma aufklären, forschen und erinnern wollen (<https://holocaustremembrance.com/what-we-do>). Mit dem Begriff „Arbeitsdefinition“ wird angedeutet, dass die Definition praktisch verwendet werden soll und dabei weiterentwickelt werden kann (Ullrich 2019, 8f.).

Die Arbeitsdefinition der IHRA lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ (IHRA 2016)

Anschließend werden „[a]ktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre“ (ebenda) beschrieben. Die Verfasser:innen verweisen aber darauf, dass bei der Analyse dieses Verhaltens der „Gesamtkontext“ zu berücksichtigen ist und dass sich Antisemitismus auch nicht auf die genannten Beispiele beschränken lasse (IHRA 2016).

Eine wichtige Rolle spielt bei der Definition der IHRA der antiisraelische Antisemitismus. Hier werden genannt: „das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, ... die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird. Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.“ (IHRA 2016)

Die Definition der IHRA bietet Orientierung beim Kampf gegen den Antisemitismus (Ullrich 2019, 3). Kritisiert wird allerdings, dass die Definition an manchen Stellen zu vage bleibt. Unklar bleibt, so z.



B. Peter Ullrich, „als was Antisemitismus im Kern verstanden wird, welche Phänomene als antisemitisch zu betrachten sind und gegen wen genau diese sich richten.“ (Ullrich 2019, 11)

Ähnlich lautet die Kritik von Klaus Holz und Thomas Haury. Sie wenden gegen diese Definition ein, dass Phänomene wie „z. B. Geld, Presse, Liberalismus und Internationalismus, die in unendlich vielen antisemitischen Texten als jüdisch gebrandmarkt werden, kaum oder gar keine Erwähnung finden. Typische Texte z. B. der neuen Rechten scheinen aus Perspektive der IHRA-Definition randständig oder wenig antisemitisch zu sein, [...]“ (Holz/Haury 2023, 18f.)

Die IHRA stellt in den Erläuterungen zu ihrer Definition ausdrücklich fest, „dass Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden“ kann (IHRA 2016). Trotzdem bemängeln Kritiker, dass die Definition dem israelkritischen Antisemitismus zu viel Raum einräume. (Ullrich 2019, 16)

Am 26. März 2021 wandten sich deshalb „internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten,“ (jerusalemdeclaration.org 2021) in der Jerusalem Erklärung gegen die IHRA-Definition. Ihr Anspruch ist es, die „Kerndefinition [zu präzisieren] und ein kohärentes Set von Leitlinien vor[zulegen]“ (ebenda). Ziel der Deklaration sei es, „den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken“ und „Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren“ (ebenda).

In dieser Definition wird Antisemitismus als besondere Form des Rassismus gesehen, bei dem „eine Charaktereigenschaft als angeboren behandel[t]“ wird oder „pauschale Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung“ gemacht werden (jerusalemdeclaration.org 2021).

Als antisemitisch gilt hier, wenn Juden mit „den Mächten des Bösen verbunden“ werden, die Staat

und Gesellschaft steuern (jerusalemdeclaration.org 2021). Antisemitismus zeige sich in „Worten, Bildern und Handlungen“, „direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt“ (jerusalemdeclaration.org 2021). Als kodierte (verschlüsselte) Ausdrucksweise für Antisemitismus wird dabei auch die „Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses“ (jerusalemdeclaration.org 2021) genannt. Weiter wird es als antisemitisch angesehen, wenn der Holocaust verleugnet oder verharmlost wird. (jerusalemdeclaration.org 2021)

Kontrovers diskutiert wird vor allem, was die Jerusalem Declaration als nicht antisemitisch einstuft. Als nicht „per se antisemitisch“ wird zum Beispiel bewertet:

- auf „systematische rassistische Diskriminierung“ im Westjordanland und im Gaza-Streifen hinzuweisen und Israel mit „historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid zu vergleichen“;
- „Kritik, die von manchen [...] als Ausdruck ‚doppelter Standards‘ betrachtet wird“;
- in Bezug auf die israelische Besatzungspolitik zu „Boycott, Desinvestition und Sanktionen“ aufzufordern (jerusalemdeclaration.org 2021).

Lars Rensmann wirft dieser Erklärung vor, sie „bagatellisier[e] israelbezogene Formen des Antisemitismus“ (Rensmann 2021, 2) und verwende auf die „Relativierung“ israelbezogenen Antisemitismus „die Mehrheit ihrer Leitlinien“ (Rensmann 2021 10). Kritisiert wird vor allem auch die „Exkulpation der BDS-Bewegung vom Antisemitismus“ (Rensmann 2021, 13).

Die grundlegende Kontroverse, die hier diskutiert wird, ist die Frage, wann die Kritik an der Politik des Staats und der Regierungen Israels zu Antisemitismus wird. Eng verbunden damit ist die Frage, wie die Bewegung BDS einzuschätzen ist.

Eine Kritik der IHRA-Definition findet man bei Ullrich 2019, sehr kritisch mit der Jerusalem Declaration setzt sich Rensmann 2021 auseinander.

4. Wann wird die Kritik an Israel antisemitisch?

Die Philosophin Judith Butler (2004 und 2019) kritisiert die Gleichsetzung von Israelkritik mit Antisemitismus (Butler 2019, 84). Sie wirft den israelischen Regierungen unter Benjamin Netanjahu vor, antisemitische Agitation (z. B. die antisemitische Kampagne gegen George Soros in Ungarn; siehe dazu Butler 2019, 84-88) zu übersehen, solange die daran beteiligten Antisemiten im Israel-Palästina-

Konflikt proisraelische Positionen einnehmen (Belege für proisraelischen Antisemitismus bei der AfD: Holz/Haury 2023, 328-350).

Vor allem die Verteidigung der Bewegung BDS als nicht-antisemitisch durch Butler (Butler 2004, 83; 2019, 76, 90) ist auf vehementen Widerspruch gestoßen.



Logo der BDS-Kampagne; Quelle: <http://bds-kampagne.de/erklaerung-zum-beschluss-des-deutschen-bundestages-bds-bewegung-entschlossen-entgegengetreten-antisemitismus-bekaempfen/>

Die Bewegung BDS wurde 2005 von verschiedenen palästinensischen Organisationen gegründet. Ihre Ziele sind:

„(1) Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes muss beendet und die Mauer abgerissen werden. (2) Israel muss die grundlegenden Rechte seiner palästinensischen Bürger anerkennen, sodass sie vollständige Gleichheit erlangen. (3) Es hat hier die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge anzuerkennen, nach Hause zurückzukehren und auf ihren Besitz.“ (Mendel 2023, 70)

Diese Ziele sollen vor allem durch einen internationalen Boykott Israels „auf politischem, wirtschaftlichem, akademischem und kulturellem Gebiet“ (Holz/Haury 2023, 215) durchgesetzt werden.

Bei der Verteidigung von BDS ignoriert Butler, „dass Teile von BDS antisemitisch sind und es im Zusammenhang mit BDS international immer wieder zu antisemitischen Vorkommnissen kommt“ (Holz/Haury 2023, 221). Wer von Jüdinnen und Juden bei Veranstaltungen grundsätzlich eine Distanzierung von Israel fordert, wer die Teilnahme von Jüdinnen und Juden grundsätzlich ablehnt, denkt und handelt antisemitisch (Beispiele bei Mendel 2023, 67-112). Butler übersieht zudem, „dass ein erheblicher Teil der Bündnispartner in BDS [z. B. die Hamas] anti-universalistischen, antiliberalen, islamistischen, sexistischen und nationalistischen Ideen verpflichtet ist.“ (Holz/Haury 2023, 222)

Die Forderung, Israel zu boykottieren, erinnert zumindest in Deutschland „an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte“ (Deutscher Bundestag Drucksache 19/10191, auch Butler 2019, 83).

Kontroverse Diskussionsbeiträge zu BDS finden sich bei Mendel 2023, 67-111; Salzborn 2014, 110-115; Brumlik 2021, 15-28; Holz/Haury 2023, 220ff.; Deutscher Bundestag 2019; GG 5.3. 2020.

Antisemitisch wird die Kritik an Israel und seiner Palästina-Politik spätestens dann, wenn das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird.

Kritik an Israel muss zumindest einräumen, dass die Besiedlung Israels ohne die lange Geschichte der Verfolgung der Juden und den Versuch ihrer Vernichtung nicht verstanden werden kann. „Entsprechend vereinseitigt ist ein Blick auf die Nahostkonflikte, der den zionistischen Staat als rassistischen kritisiert, die antisemitismuskritische Reflexion des Zionismus und die Etablierung Israels als Folge der Shoah aber unterlässt oder als Fußnote der Geschichte wegwischt. Denn sonst wäre der Zionismus als Befreiungsnationalismus aus jahrtausendelanger Verfolgung und Israel als Staat der Überlebenden in einer Weise legitimiert, der sich auch eine postkoloniale Kritik nicht gut verschließen könnte.“ (Holz/ Haury 2023, 365)

5. Gerechtfertigte Kritik am Vorgehen Israels in Gaza?

In der Folge des Terrorangriffs der Hamas ist die israelische Armee in den Gaza-Streifen einmarschiert mit dem Ziel die Hamas zu vernichten. Bei dieser Militäraktion sind Tausende von Palästinensern getötet worden – in der Mehrzahl Zivilisten.

Dazu ist zunächst festzustellen: Angreifer war die Hamas, sie hat die Reaktion Israels und das Leiden der Bevölkerung im Gaza-Streifen wohl bewusst einkalkuliert. Israel hat das Recht, sich gegen diesen barbarischen Angriff zu verteidigen und gegen die Hamas vorzugehen. „Wie dieser prinzipiell gerechtfertigte Gegenschlag geführt wird, wird kontrovers diskutiert; Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Vermeidung ziviler Opfer und der Führung eines Krieges mit der Aussicht auf künftigen Frieden müssen dabei leitend sein.“ (Deitelhof u. a. 2023)

6. Schluss

Welche Aussagen, Bilder oder Handlungen antisemitisch sind, muss jeweils im Einzelfall kritisch diskutiert werden. Die oben beschriebenen Definitionen können als „Arbeitsdefinitionen“ genutzt werden, die bei dieser Prüfung helfen können.

Dr. Peter **Herdegen**, Regensburg

Literatur:

- Heiko Beyer 2015: *Theorien des Antisemitismus. Eine Systematisierung.* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67. S. 573-589.
- Micha Brumlik 2022: *Postkolonialer Antisemitismus.* Hamburg.
- Judith Butler 2004: *Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kritik.* In: *Doron Rabinovici/ Ulrich Speck/ Natan Sznaider (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte.* Frankfurt/M..
- Judith Butler 2019: *Antisemitismus und Rassismus: Für eine Allianz der sozialen Gerechtigkeit.* In: *Christian Heilbronn/ Doron Rabinovici/ Natan Sznaider (Hrsg.) 2019: Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte.* Berlin. S. 73-91.
- *Deutscher Bundestag 2019: Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen.* Drucksache 19/10191.
- Nicole Deitelhoff, Rainer Forst, Klaus Günther und Jürgen Habermas 2023: www.normativeorders.net/2023/grundsätze-der-solidarität
- GG 5.3. *Weltoffenheit 2020: Unser Plädoyer.* <https://www.gg53weltoffenheit.org/plaedoyer/>
- Olaf Heuser/ Richard C. Schneider 2023: *Podcast Acht Milliarden. Wie der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern entstand. Ein Gespräch mit Richard C. Schneider.* <https://www.spiegel.de/ausland/nahostkonflikt-wie-der-konflikt-zwischen-juden-und-palaestinensern-entstand-podcast-a-d58b34c5-415d-46ef-a6da-d99b19c6cc2b>
- Klaus Holz/ Thomas Haury 2023: *Antisemitismus gegen Israel.* Bonn.
- IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) 2016: *Arbeitsdefinition von Antisemitismus.* <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>
- *Jerusalemdeclaration.org 2021: Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus:* https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf
- Igor Levit 2023: *Vertrauen in deutsche Gesellschaft verloren.* In: *Süddeutsche Zeitung.* 15.11.2023. (<https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-igor-levit-vertrauen-in-deutsche-gesellschaft-verloren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231115-99-958287>)

Meron Mendel 2023: Über Israel reden. Eine deutsche Debatte. Bonn.

- *rbb24 2023: Ausschreitungen in Neukölln Zentralrat der Palästinenser verurteilt Gewalt und kritisiert pauschales Demo-Verbot: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/berlin-zentralrat-der-palaestinenser-protest-gewalt-kritik-verbot-demos-spranger-neukoelln.html>*
- *Lars Rensmann 2021: Die Jerusalemer Erklärung. Eine Kritik aus Sicht der Antisemitismusforschung (<https://www.belltower.news/die-jerusalemer-erklaerung-eine-kritik-aus-sicht-der-antisemitismusforschung-116093/>)*
- *Samuel Salzborn 2014: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden.*
- *Samuel Salzborn 2020: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne: sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt/M..*
- *Natan Sharansky 2004: Antisemitismus in 3D. Die Differenzierung zwischen legitimer*

Kritik an Israel und dem sogenannten neuen Antisemitismus. In: haGalil.com. Jüdisches Leben online: <https://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm>

- *Martin Schäuble 2024: Die Geschichte der Israelis und der Palästinenser. München.*
- *Karin Stögner 2022: Intersektionalität und Antisemitismus: https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/516233/intersektionalitaet-und-antisemitismus/?pk_campaign=nl2022-12-21&pk_kwd=516233*
- *Peter Ullrich 2019: Gutachten zur "Arbeitsdefinition Antisemitismus" der International Remembrance Alliance. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Papers 2/2019: <https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinition-antisemitismus-der-ihra/>*
- *Dana Vowinckel 2023: Leute, wo seid ihr? In: Die Zeit 27. Oktober 2023: <https://www.zeit.de/kultur/2023-10/israel-gaza-freunde-berlin-dana-vowinckel>*



Die Klagemauer in Jerusalem;

Quelle: www.pixabay.de

Politische Bildung an bayerischen Schulen unter dem Einfluss des Nahostkonflikts

Seit Jahren erscheint ein „Ranking Politische Bildung“ in den Bundesländern unter Federführung von Reinhold Hedtke und seinem Team an der Uni Bielefeld. Die Ergebnisse des Rankings aus dem bayerischen Landtags-Wahljahr 2018 stellte Prof. Dr. Markus Gloe unter der Überschrift „Wieder die rote Laterne für Bayern!“ hier im Forum Politikunterricht vor. Eine Landtagswahlperiode später kommt das mittlerweile 5. Ranking aus dem Jahr 2022 zum gleich schlechten Ergebnis für die politische Bildung an bayerischen Gymnasien bzw. Realschulen, wenn es um die ausgewiesene Lernzeit für die politische Bildung geht. Das klingt besorgniserregend und der Vorschlag einer „Verfassungsviertelstunde“ scheint zunächst verständlich.

Tatsächlich sollte man jedoch vor derartigen Schnellschüssen eine differenzierte Betrachtung anstellen. Selbst wenn die Stundentafeln ein guter Vergleichsmaßstab sein mögen, weisen die Forschenden selbst darauf hin, dass man nicht auf tatsächlichen Zeitumfang, Inhalt oder Qualität des erteilten Unterrichts schließen kann. In der Vergleichsstudie wird das differenzierte bayerische Schulsystem ab der Sekundarstufe 1 nicht berücksichtigt und die Erhebungen beziehen sich, genauso wenig wie bei den anderen Bundesländern, weder auf Förderschulen noch Mittelschulen oder Wirtschaftsschulen und andere anerkannte Privatschulen. Auch eine Auswertung der Lehrplaninhalte fehlt.

Für die bayerischen Schulen müssten also die Vorgaben des LehrplanPlus fokussiert werden, dessen „Plus“ nicht für ein Mehr an stofflicher Fülle steht, sondern für eine weitgehende Abstimmung und Verknüpfung der Inhalte zwischen den Fächern und Jahrgangsstufen u. a. durch fächerübergreifende Bildungsziele, insbesondere auch der Politischen Bildung. Damit lässt sich auch für Gymnasium und Realschule annehmen, dass doch mehr Unterrichtszeit für Politische Bildung zur Verfügung steht und angedacht ist, als die Studie vermuten lässt. Es lohnt sich also grundsätzlich ein genauerer, inhaltsfokussierter Blick.

Unbestreitbar ist, dass durch das integrative bayerische Konzept zur Politischen Bildung viel Freiraum, aber auch viel Verantwortlichkeit für Lehrkräfte entsteht. Sie stehen oftmals vor der Entscheidung, ob, wann und wie sie konkrete, insbesondere aktuelle politische Themen im Unterricht angehen. Einfluss darauf haben nicht nur die Voraussetzungen der Lernenden, sondern auch die fachlichen, didaktischen

und methodischen Wissensbestände der Lehrenden. Häufig sind die Wissensstände der Lernenden, teils auch der Lehrenden, zu potentiell emotionsgeladenen Themen aus sozialen Medien vorgeprägt und lückenhaft, was die Herausforderung für die Lehrkräfte vergrößert. Das Thema dieses Heftes, der Nahostkonflikt, ist solch ein Thema.¹

Angesichts der aktuellen Entwicklungen des Nahostkonflikts ist die Überforderung von Lehrkräften recht wahrscheinlich und diese kann eine gewisse Zurückhaltung und Scheu zur Folge haben, die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina im Unterricht zu thematisieren. Das forumZFD beschäftigt sich in einem Impulspapier mit den Auswirkungen des Nahostkonflikts auf die Stadtgesellschaft (hier verstanden als das Zusammenleben in städtisch geprägten Kommunen) und dem Umgang damit. Nachvollziehbar wird das Dilemma aufgezeigt, in dem sich Verantwortliche befinden, wenn diese Eskalationen durch (Nicht-)Handeln vermeiden wollen oder wie diese mit verschiedenen Positionierungen - auch der notwendigen eigenen - umgehen



Cover des Bildungsheftes zum Nahostkonflikt des forum ZFD; Quelle: https://www.forumzfd.de/system/files/document/bildungsheft_nahostkonflikt.pdf

sollen. Letzteres betrifft insbesondere die Frage, wo legitime Kritik an der Politik des israelischen Staates aufhört und wo Antisemitismus beginnt. Auch Bedenken, inwieweit Rechtsextremisten und Rechtspopulisten den Konflikt zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft, insbesondere über soziale Medien, nutzen, werden thematisiert. In Falschinformationen, gepaart mit nur geringen Kenntnissen zu den komplexen Sachverhalten des Nahostkonflikts, sieht das forumZFD Gründe für Vermeidung der Thematisierung.² In einem ähnlichen Dilemma befinden sich Lehrkräfte. Wenn kaum oder wenig rechtliche Vorgaben vorhanden sind und/oder aktuelle Ereignisse den Lehrplan überholen, ist mit Schwierigkeiten und Unsicherheiten auf Seiten der Lehrkräfte zu rechnen. Das fächerübergreifende Konzept der Politischen Bildung ermöglicht für einige Lehrkräfte der Sekundarstufe I ein Wegducken bzw. Abschieben nach dem Motto „Soll das doch Lehrkraft XY in ihrem Fach machen“.

Tatsächlich sind die Vorgaben für Realschule und Gymnasium in Bezug auf den Nahostkonflikt deutlicher als für die anderen Schularten. Der Nahostkonflikt wird im LehrplanPlus des Fachs Geschichte für die Jahrgangsstufe 10 der Realschulen unter „Lernbereich 5: Herausforderungen und Chancen globaler Entwicklungen der Gegenwart“ explizit genannt.³ Die Zielsetzung dabei ist, dass die Lernenden faktenbasiert Ursachen- und Bedeutungszusammenhänge erkennen und beurteilen können. Im Lehrplan für die Gymnasien erscheint der Nahostkonflikt in der 9. Jahrgangsstufe im Fach Evangelische Religion unter dem Aspekt, welche Bedeutung Antisemitismus für den Konflikt im Nahen Osten hat.⁴ Explizit erwähnt wird der Nahostkonflikt dann erst wieder in der 13. Jahrgangsstufe im Fach Geschichte. Dabei sollen im grundlegenden Anforderungsniveau die Wechselwirkungen und Einflüsse der Akteure aus unterschiedlichen Perspektiven nachvollzogen und als historisch determiniert eingeordnet werden. Die angegebenen thematischen Beispiele stellen sich mehr oder weniger überholt dar, wenn dort von „zentralen Entwicklungen im *israelisch-palästinensischen Konflikt* bis 1967 oder von der Gestaltung und Gefährdung der Friedensbemühungen zwischen Israelis und Palästinensern beispielsweise anhand des Osloer Abkommens von 1993 die Rede ist.⁵ Im erhöhten Anforderungsniveau erfordert das Vertiefungsmodul „Internationale Konfliktfelder im Nahen und Mittleren Osten“ einen weitergehenden und aktuellen Blick.⁶ Anzumerken ist hier, dass die Einführung des LehrplanPlus für die 13. Jahrgangsstufe erst im Schuljahr 2025/2026 erfolgen wird. Ähnliche, jedoch bereits seit dem Schuljahr 2019/2020 eingeführte Inhalte

finden sich im LehrplanPlus für die Fach- und Berufsoberschulen (FOS/BOS) für das Fach Geschichte/Politik und Gesellschaft.⁷

In den Lehrplänen der anderen Schularten, Mittel-, Förder- und Wirtschaftsschule, die nach 9. bzw. 10. Jahrgangsstufe enden, findet sich der Nahostkonflikt an keiner Stelle explizit. Es ist in der 9. Jahrgangsstufe des Regel- wie Mittlere-Reife-Zugs der bayerischen Mittelschulen im Fach Geschichte/Politik/Geographie (GPG) die verbindliche Auseinandersetzung mit nationaler und internationaler Friedenssicherung auf der einen Seite vorgesehen⁸ und auf der anderen Seite die Auseinandersetzung mit internationalen Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Beide Aspekte sollen diskutiert werden.⁹ Dies gilt auch für die 10. Jahrgangsstufe der vierstufigen Wirtschaftsschule in Bayern im Fach Geschichte/Politik und Gesellschaft. Die Kompetenzerwartung hierzu lautet: „Schülerinnen und Schüler informieren sich über die Hintergründe aktueller internationaler Konfliktherde, stellen dabei verschiedene Perspektiven der Berichterstattung gegenüber und beziehen dazu begründet Stellung.“¹⁰ Hier wäre die Möglichkeit den Nahostkonflikt zu verankern und der Forderung, die für alle Lehrkräfte der weiterführenden Schulen in Bayern gilt, nachzukommen, sich mit aktuellen Konflikten, deren historischen Zusammenhängen und aktueller Bedeutung auseinanderzusetzen und so Lernende zu politischer Urteilsfähigkeit und Verantwortungsübernahme zu befähigen.

Der Nahostkonflikt kann und darf trotz aller Vorbehalte, der fehlenden expliziten Nennung im Lehrplan und der Möglichkeit des Ausweichens, zumindest abseits von Oberstufen und Realschule nicht ausgeklammert werden. „Es hilft, Konflikte zu benennen und Haltung für einen konstruktiven Austausch zum Nahostkonflikt zu zeigen. Denn: Auch „Nicht-Handlungen“ haben Auswirkungen. Das Gefühl eines Klimas der Angst, eigene Positionierungen äußern zu dürfen, hemmt diesen konstruktiven Austausch.“¹¹ Schule muss ein angstfreier Raum sein und bleiben, der Handeln fördert.

Die Unsicherheiten und Fragen von Lehrkräften dabei bleiben: Welche Inhalte sollen vermittelt werden, welche Themenbereiche angesprochen werden, wie können diese unter Wahrung von Unterrichtsprinzipien den Schülerinnen und Schülern angemessen aufbereitet werden. Beim aktuellen Nahostkonflikt bieten weder der Lehrplan noch im Unterricht zugelassene Lehrmittel echte Hilfestellung, hier ist das Kultusministerium gefordert. Dieses verweist durch das ISB auf die anlässlich des Ukraine Konflikts angebotenen Hilfestellungen für Unterrichtende: Eine Sammlung an Links auf Unterrichtsmaterial für alle

Alters- und Jahrgangsstufen¹². Dazu kommen die verlinkten Seiten aus dem Gesamtkonzept der Politischen Bildung an bayerischen Schulen bzw. dem zugehörigen Internetportal, wo Lehrkräften Unterstützung in Form von Fortbildungsangeboten bis zu Unterrichtseinheiten von externen Partnern (u. a. Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung) angeboten werden. Das ist aber bei genauem Hinsehen zu wenig. Bei der Recherche zu diesem Artikel konnte festgestellt werden, dass einige Links nicht mehr funktionieren, angebotene Inhalte nicht mehr aktuell oder den aktuellen Entwicklungen nicht mehr angemessen sind. Damit ist zu befürchten, dass sich Lehrkräfte ein weiteres Mal allein gelassen fühlen und dem Impuls nachgeben, die Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt anderen zu überlassen. Was das in Zeiten von TikTok bedeutet, führt die unter dem Titel „Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz“ veröffentlichte Analyse der Bildungsstätte Anne Frank drastisch vor Augen.¹³

Nach ausgiebiger Suche, ausgehend von den kulturministeriell angebotenen Verlinkungen lassen sich Hilfen für Lehrkräfte finden, die konzeptionell so nachhaltig gestaltet sind, dass sie aktuellen wie zukünftigen Entwicklungen gerecht werden können und den lehrplanmäßigen Anspruch an Politische Bildung in Bayern erfüllen.

Das forumZFD liefert mit der „Mannheimer Erklärung“ und den Partnerschaften der Stadt Köln mit Bethlehem und Tel Aviv¹⁴ Beispiele eines konstruktiven und fortschreibbaren Umgangs mit dem Nahostkonflikts, die für den schulischen Kontext Ideengeber sein können und bietet ein unmittelbar einsetzbares Bildungsheft zum Nahostkonflikt¹⁵ für die Klassenstufen 3 bis 6 zum Download an.

Die Bundeszentrale für Politische Bildung hält



ein umfangreiches Programm für die Sekundarstufe vor, in dem u. a. auf den bemerkenswerten Beitrag „Trialoge“ des gemeinnützigen Vereins Transaidency verlinkt ist. Hier können Schulklassen und Menschen mit israelischen und palästinensischen Wurzeln in Austausch, in einen Trialog¹⁶ gebracht

werden, bei dem unmittelbare Multiperspektivität im Mittelpunkt steht.

Hier setzt auch die Arbeitshilfe „Ohne Angst verschieden sein“¹⁷ des Jüdischen Museums Hohenems an, die u. a. den preisgekrönten Comic „Mehr als 2 Seiten – Eine Reise von Neukölln nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete“¹⁸ für den unterrichtlichen Einsatz bietet.

Sicherlich ließen sich noch weitere Materialien finden, aber gerade in Situationen, die überfordern, kommt es darauf an, schnell Unterstützung zu erhalten, um den negativen Folgen eines Nicht-Handelns entgegenzuwirken, und die auch über akute Situationen hinaus einen Mehrwert bietet. Das können die hier vorgeschlagenen Materialien leisten.

„Wer beim Thema Israel/Palästina darauf achtet, beiden Seiten Raum zu geben, wird damit selten etwas falsch machen [...], bildet gleichzeitig die kontroverse Natur des Diskurses ab“¹⁹ und schützt vor



Ausschnitt aus dem Comic „Mehr als 2 Seiten - Eine Reise von Neukölln nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete“;
Quelle: <https://mehrals2seiten.de/>

Indoktrination. Der Medienkompetenz kommt eine besondere Rolle zu, denn eine wissenschaftlich informierte Perspektive kann die Ambiguitäten des hochkomplexen Israel/Palästina-Konflikts aufzeigen. Die Schülerorientierung erfordert es, dass Lehrende emotionalisiertes (Verschwörungs-)Denken lösen und Vorurteilsstrukturen erschüttern. Damit wird der Weg frei für eine differenzierte und für Empathie offene Perspektive auf den Nahostkonflikt.²⁰ Das macht Mut, sich als Lehrkraft egal welcher Schulart mit dem Nahostkonflikt auseinanderzusetzen.

Zu dieser Auseinandersetzung hat auch das Kultusministerium unmittelbar nach dem Angriff der Hamas im Oktober 2023 aufgerufen. Wünschenswert wäre dabei, dass das Ministerium dann auch dafür sorgt, dass angebotenes Material und Hilfen der Komplexität gerecht werden und tatsächlich, leicht auffindbar zur Verfügung stehen.

Bei der notwendigen (fächerübergreifenden) Bearbeitung nimmt die Politische Bildung dann in jedem Fall mehr Zeit ein, als die Studienergebnisse aus der Einleitung suggerieren und eine hohe inhaltliche Qualität wird mehr als wahrscheinlich. Eine übereilt angekündigt und eingeführte „Verfassungsviertelstunde“ war und ist sicherlich nicht die gebotene Reaktion und wird zurecht von Lehrkräften, die sich ihrer Verantwortung des komplexen politischen Bildungsauftrags bewusst sind, abgelehnt.²¹ Die Berichterstattung darüber kann durchaus bei vielen den Anschein erwecken, politische Bildung finde erst jetzt Einzug in Bayerns Schulen. Der aus- und nachdrückliche Hinweis auf das durchdachte fächerübergreifende Konzept für Politische Bildung²², das es für die Bayerischen Schulen seit Jahren gibt, die explizite Einordnung der „Verfassungsviertelstunde“ als weiterführende Idee in eben dieses Konzept, gerne auch die dezidierte Erinnerung an den politischen Bildungsauftrag an die Schulen und Lehrkräfte, wäre der angemessenere Weg gewesen.

Dr. Gabriele **Griese-Heindl**, Regensburg

Fußnoten:

¹ Vgl. <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/der-nahostkonflikt-erreicht-die-schulen.html#topPosition>

² Vgl. *forumZFD* (2024): *Globale Spannungen, lokale Resonanz*. S. 4

³ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/realschule/10/geschichte>

⁴ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/lernbereich/217122>

⁵ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/gymnasium/13/geschichte/grundlegend>

⁶ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/gymnasium/13/geschichte/erhoeht>

⁷ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/bos/13/gpug-fosbos>

⁸ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/lernbereich/78536>

⁹ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/lernbereich/78655>

¹⁰ Vgl. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/wirtschaftsschule/10/gpug-ws/vierstufig> und <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachlehrplan/wirtschaftsschule/10/gpug-ws/dreistufig>

¹¹ *forumZFD* (2024): *Globale Spannungen, lokale Resonanz*. S.5

¹² Vgl. *Umgang mit dem Thema Krieg in der Schule* (bayern.de)

¹³ Vgl. *Bildungsstätte Anne Frank: Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz* (bs-anne-frank.de)

¹⁴ *forumZFD* (2024): *Globale Spannungen, lokale Resonanz*. S.7

¹⁵ Download unter: *bildungshelft_nahostkonflikt.pdf* (forumzfd.de)

¹⁶ Weiterführende Informationen unter: *Trialog – Israel & Palästina – Transidency e. V.*

¹⁷ Download unter: *OhneAngstVerschiedenSein*

¹⁸ Download unter: *Comic - Mehr als 2 Seiten - Eine Reise von Neukölln nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete*

¹⁹ Würdemann, Tom (2022): *Wissensvermittlung zum „Nahostkonflikt“ für Jugendliche*

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Vgl. <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/der-nahostkonflikt-erreicht-die-schulen.html#topPosition>

²² *Politische Bildung | Inhalte | Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus* (bayern.de)



Logos der Arbeitshilfe „Ohne Angst verschieden sein“ des Jüdischen Museums Hohenems;

Quelle: <https://www.jm-hohenems.at/programm/ohneangstverschiedensein>

„Nie wieder ist jetzt!“ – Sensibilisierung für antisemitismuskritische Ausbildung von Lehramtsstudierenden

Interview mit Judith Petzke zum Zusatzstudiengang „ZABUS“ an der Universität Würzburg

Seit dem 7. Oktober 2023 sind Bürgerinnen und Bürger noch mehr denn je aufgefordert, sich dem zunehmenden Hass unterschiedlicher, gesellschaftlicher Gruppierungen gegen Jüdinnen und Juden entgegenzustellen. Auch an Schulen können verstärkt antisemitische Stimmungen wahrgenommen werden. An der Universität Würzburg wurde im Wintersemester 2022/23 der bundesweit neue Zusatzstudiengang ZABUS Zertifikat der Antisemitismuskritischen Bildung für Unterricht und Schulen eingerichtet. Frau Prof. Dr. Ilona Nord und Herr Prof. Dr. Doron Kiesel sind die Verantwortlichen des neuen Studiengangs. Frau Judith Petzke hat den Studiengang maßgeblich mitentwickelt und ist Studiengangsleiterin dieses Zusatzstudiengangs. Nachfolgendes Interview wurde mit Frau Judith Petzke am 08.02.2024 geführt.

Frau Kehr: Liebe Frau Petzke, Sie betreuen den Zusatzstudiengang ZABUS. Welche Zielsetzungen hat der neue Studiengang?

Frau Petzke: ZABUS zielt kurz gesagt darauf ab, Lehramtsstudierende für einen professionellen Umgang mit Antisemitismus zu qualifizieren. Dabei geht es nicht nur um theoretisches Wissen, sondern um eine fächerübergreifende Didaktik der antisemitismuskritischen Bildung und praxisrelevante Kompetenzen, die auf komplexen Kompetenzniveaus basieren und sich in verschiedenen Modulen ergänzen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Handlungssouveränität, was auch die Bearbeitung von sogenannten paradoxen Effekten beinhaltet. So wird gewährleistet, dass die zukünftigen Lehrkräfte nicht nur antisemitismuskritisches Wissen erhalten, sondern auch von Synergien profitieren und entsprechend handeln und bilden können.

Frau Kehr: Welche Relevanz räumen Sie der politisch-gesellschaftlichen Aktualität wie dem Nahostkonflikt oder den aktuell sich verstärkenden gesellschaftlich antisemitischen Anfeindungen ein?

Frau Petzke: Aktuelle Entwicklung haben selbstverständlich eine hohe Relevanz für die Bildung und Sensibilisierung im Umgang mit Antisemitismus. Ilona Nord sagte letztes erst, dass an Schulen

manchmal der Nahostkonflikt im Kleinen hochkoche. Dies sind selbstverständlich Themen in der Ausbildung antisemitismuskritischer Kompetenzen. Nach dem 07. Oktober haben wir beispielsweise das Notfallhandbuch für Schulen in Bayern analysiert. Hierin ist der Umgang mit Antisemitismus bisher nicht enthalten. Wir erarbeiteten und adaptierten daher z. B. Hinweise für Schulleitungen und Informationsgrundlagen, die das Kollegium benötigt, damit es am Montag, dem 09. Oktober, sprach- und handlungsfähig im Umgang mit den Folgen werden konnte: Wel-

Zusatzstudiengang für das Lehramtsstudium
Zertifikat
Antisemitismuskritische
Bildung für Unterricht
und Schule

Julius-Maximilians-
UNIVERSITÄT
WÜRZBURG

ZERTIFIKAT
ANTISEMITISMUSKRITISCHE BILDUNG
FÜR UNTERRICHT UND SCHULE

Zentrum für antisemitismuskritische Bildung
Institut für Evangelische Theologie und Religionspädagogik
Fakultät für Humanwissenschaften

che Handlungsketten müssen aktiviert werden? Was ist alles zu bedenken? Wie ist traumapädagogisch mit Betroffenen umzugehen? Wie soll mit Schülerinnen und Schülern darüber gesprochen werden? Die Studierenden haben die Handlungsorientierungen des Notfallhandbuchs strukturell und schularspezifisch um den Umgang mit Antisemitismus ergänzt, sodass diese auch nachhaltig von ihnen genutzt werden können.

Wir gehen insgesamt vielfältig auf aktuelle Ereignisse ein. Ein weiteres Beispiel ist der Besuch von Oren Golan aus Haifa, der den Israel-Hamas-Krieg im Spiegel von israelischen Medien beleuchtete und darin Zivilisationsprozesse analysierte. Ferner sind pädagogische Themen wie Opferkonkurrenzen an Schulen derzeit wichtig. Ein Fallbeispiel hierfür ist eine verweigerte Schweigeminute. An dieser Stelle kommt die pädagogische Tragweite ins Spiel. Da hilft Wissen über den Nahostkonflikt allein nicht weiter.

Besonders betonen wir aber ein nicht allein reaktives Verhalten. Antisemitismus überrascht uns nicht plötzlich, sodass nur auf Aktuelles zu reagieren wäre. Eine nachhaltige, strukturelle antisemitismuskritische Bildung erfordert daher eine proaktive Auseinandersetzung und mehr Themen als die medial-dominant präsentierten. Unsere Studierenden beschäftigen sich z. B. mit den vielfältigen Dimensionen des alltäglichen jüdischen Lebens.

Frau Kehr: Warum ist der Studiengang vorwiegend an Lehramtsstudierende gerichtet?

Frau Petzke: Unser Fokus liegt auf dem Bildungsbereich, da wir hier große Relevanz und unseren größten Einfluss sehen. Der Studiengang ist zwar prinzipiell auf andere Kontexte übertragbar, aber wir haben prototypisch bewusst mit Lehramtsstudierenden begonnen, da diese bereits grundlegende pädagogische Kompetenzen mitbringen, die wir gezielt erweitern können.

Frau Kehr: Wie macht sich Antisemitismus an Schulen bemerkbar?

Frau Petzke: Antisemitismus an Schulen ist genauso bemerkbar, wie in allen anderen Facetten unserer Gesellschaft. Das heißt, alle Erscheinungsformen von Antisemitismus oder Ideologieformen können vertreten sein. Antisemitismus an Schulen bedeutet auch die normative Annahme der Abwesenheit oder die Besonderung von jüdischem Leben. Wenn ich meine Studierenden im Schulpraktikum nach dem Umgang mit Antisemitismus vor Ort fragen lasse,

bringen sie gehäuft Aussagen wie „Wir haben keine jüdischen Schülerinnen und Schüler“ als Antwort seitens der Schulen mit. Das ist auf vielfältige Weise eine paradoxe Antwort. Die Schule ist (derzeit) kein sicherer Ort, sodass alle ihre jüdische Identität öffentlich zeigen könnten. Den Umgang mit Antisemitismus an die sichtbare Anwesenheit jüdischer Schülerinnen und Schüler zu koppeln, zeigt, dass hier antisemitismuskritische Bildung längst überfällig ist.

Frau Kehr: Welche didaktischen Handlungsmöglichkeiten bekommen die angehenden Lehrkräfte in diesem Studiengang an die Hand, damit sie für antisemitische Unterrichtssituationen vorbereitet sind?

Frau Petzke: Uns ist wichtig, dass es kein ABC-Handlungsschema gibt, sondern ein ganzes Spektrum, wie es jede Lehrkraft braucht, um in spezifischen Kontexten, in einer spezifischen Situation ein angemessenes, pädagogisches Urteil und ein Handlungsvorgehen zu entfalten; und um dieses Handlungsspektrum zu entwickeln, ist natürlich viel notwendig. Zum Beispiel ist wichtig, dass wir ganz bewusst keine Rollenspiele mit antisemitischen Inhalten durchführen möchten, weil das zu paradoxen Effekten führen kann, dass wir den antisemitischen Gehalt reproduzieren, sozusagen konstruieren, um ihn zu dekonstruieren; und das ist ein Thema, das wir in der Didaktik mit unseren Studierenden offen besprechen. Konzepte der Didaktik, die ZABUS aufgreift, sind das Begegnungslernen, die Synagogendidaktik, das Interreligiöse Lernen und das Interkulturelle Lernen, Holocaust Education oder Civic Education sowie auch Konzepte zum emotionalen Lernen. Wir versuchen die Konzepte und Disziplinen nicht in sich abgetrennt voneinander zu betrachten. Wir schauen uns zum Beispiel didaktisches Material oder Erklärvideos an und überlegen uns, was wir für das Lehramt verändern müssen, damit die Materialien für uns geeignet sind und wie wir hier vorgehen können, welche didaktischen Strategien uns hierbei helfen. Durch viele Übungs- und Anwendungsphasen lernen wir Verknüpfungen zwischen Konzepten, Bedarfen und Ressourcen herzustellen. Antisemitismuskritische Bildung wurde bisher noch nie strukturell didaktisch durchdacht und das üben wir sozusagen synergetisch ein. Das sind Inhalte, die wir uns für jede einzelne Sitzung immer wieder neu überlegen, und wir sondieren bereits bestehende Ressourcen, auch bei den Studierenden selbst, denn dadurch entdecken wir unter Umständen auch neue Ressourcen.

Frau Kehr: Wie gestalten sich die Übungs- und Anwendungsphasen in den Lehrveranstaltungen?

Frau Petzke: Also besonders im Aufbau- und im Vertiefungsmodul gibt es wirklich nur die Didaktik der antisemitismuskritischen Bildung, da dreht sich natürlich ganz viel um Realpraxis. Wir arbeiten ab und zu mit Fallbeispielen, wo es geboten ist. Wir nutzen unsere eigene Hochschuldidaktik, die wir erst entwickeln mussten, als Metadidaktik, damit sie die Studierenden als Didaktik für die Schule verwenden können. Und da gibt es ein paar Sachen zu beachten, da treten wir quasi immer raus und sagen: „So, wir machen jetzt dies, dies und dies; aus diesem und jenem Grund haben wir uns dafür entschieden. Das sind die Vorteile, das sind die Nachteile. Was haltet ihr didaktisch davon?“ Wir haben diese Art Metadidaktik eingeführt, die wir auch mit den Studierenden selbst entwickeln und weiterentwickeln und dann an spezifischen Stellen deutlich machen, was für Schülerinnen und Schüler hier bedacht werden muss. Und neben all dem haben wir natürlich auch zu den Seminaren Übungen, um zum Beispiel soziale, methodische und kommunikative Fachkompetenzen adaptiert für antisemitismuskritische Bildung für den Lehrberuf, einzuüben; wie kollegiale Fallberatung, Konfliktmanagement, Krisenmanagement, Classroom-Management, aber auch innovative Lehr- und Lernformen wie die Barcamp-Methode, Classroom-Remote-Prinzip oder informelles Lernen. Wir machen Exkursionen, bewerten Filme und viele Sessions finden auch in den Digi-Labs, also in den digitalen Lehr- und Lernlabors, statt. Wir laden auch in der Praxis stehende Personen ein oder Lehrkräfte zum besseren Transfer. Zudem haben wir Zusatzaktivitäten. Im Wintersemester waren wir mit den Erst- und Letztsemesterstudierenden von ZABUS in der jüdischen Grundschule in Frankfurt und haben dort mit der Schulleitung sprechen können. Sie war auf mehreren Tagungen des Zentralrats der Juden, die Themen zum Beispiel zu Schuld- und Schamprozessen oder auch zum 07. Oktober 2023 aufgriffen. Ebenso waren wir im antisemitismuskritischen Theater „Tacheles“ in Würzburg. Darüber hinaus haben wir eine Chanukkafeier mit unserem neuen Professor für Jüdische Studien an der Universität Würzburg zelebriert, zu der alle ZABUS-Studierenden eingeladen waren. Außerdem waren wir im jüdischen Museum in Würzburg und im jüdischen Museum in Frankfurt. Wie anhand der Beispiele ersichtlich wird, beinhaltet der Studiengang ZABUS viele Praxisbezüge, um möglichst reale Lernerfahrungen zu ermöglichen.

Frau Kehr: Liebe Frau Petzke, vielen Dank für Ihre Zeit und das informative Interview.

Sabine **Kehr**, Würzburg

ZABUS

Das Zertifikat - Antisemitismuskritische Bildung für Unterricht und Schule - richtet sich als Zusatzstudium an Studierende des Lehramts aller Fächerkombinationen und Schularten. Die Lehrveranstaltungen sind spezifisch auf Lehramtsstudierende und ihre späteren beruflichen Bedarfe zugeschnitten, so dass ein gelingender Professionshabitus im Umgang mit Antisemitismus ausgebildet werden kann.

In der Grundlagenvorlesung wird zunächst interdisziplinäres Wissen unter vielfältigsten Zugängen mit aktuellen Bezügen und zur Aneignung für persönliches Professionswissen geboten. Im Aufbauseminar setzt man sich u. a. mit den Vorstellungen, Handlungs- und Reaktionsmustern von Lehrkräften angesichts von Antisemitismus auseinander und wertet diese in Beziehung mit dem späteren Berufsalltag. Zudem werden didaktische und pädagogische Möglichkeiten für das Handlungsrepertoire reflektiert, welche im Vertiefungsseminar auch erprobt und methodisch erweitert werden können.

Die ZABUS-Veranstaltungen zeichnet dabei insbesondere aus, dass neben kognitivem Wissenserwerb ganzheitliche und innovative Bildungsprozesse und Räume für selbsttätige Peerprozesse als spätere Kolleg:innen angeboten werden.

Kontakt: Judith Petzke
 antisemitismuskritische-bildung@uni-wuerzburg.de
<https://go.uni-wue.de/zabus>



Grundfeste der Demokratie

Bayerischer Verfassungstag in München

Unter dem Thema „Ist unsere Demokratie in Gefahr?“ lud die Bayerische Einigung am 01. Dezember 2023 zum Bayerischen Verfassungstag in den Großen Festsaal des Hofbräuhauses in München. Zentraler Teil der Feierlichkeiten war die Festrede von Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Die Gründungsurkunde der Bayerischen Volkstiftung trägt das Datum vom 01. Dezember 1973 - ein besonderer Anlass im 75. Jahr des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee, der die Grundlage für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schuf, die Verfassungstradition des Freistaats Bayern zu feiern, wie es der Verein Bayerische Einigung mit dem Bayerischen Verfassungstag tat. Musikalisch umrahmt von der Bayerischen Bürgermeisterblaskapelle fand der Festakt nach Grußworten von Prof. Dr. Hermann Rumschöttel in Stellvertretung des erkrankten Gastgebers und Vorsitzenden Florian Besold, Prof. Dr. Ing. Ludwig Hoegner, dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann und Ilse Aigner als Präsidentin des Bayerischen Landtags seinen Höhepunkt im Vortrag zum Leitthema „Ist unsere Demokratie in Gefahr?“.

Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Mitglied des Präsidiums der Bayerischen Einigung sowie des LV Bayern der DVPB, stellte ihre Analyse unter die Prämisse „Wachsamkeit statt Fatalismus“, um neben den Herausforderungen, denen sich die liberale Demokratie in Krisenzeiten ausgesetzt sieht, auch Argumente zum Schutz unserer Gesellschaftsordnung zu erörtern, mit denen den Gefahren einer digitalen Manipulation in Social Media begegnet werden kann. Die modernen Netzwerke veränderten nicht nur unsere Wege der Information und Kommunikation, sondern besäßen auch das Potenzial, die „Grundpfeiler unserer freiheitlichen Demokratie noch weiter zu unterminieren“, wenn „Krisenprofiteure“ sich unter exzessiver Nutzung der Meinungsfreiheit ihrer bedienen, um die Öffentlichkeit zielgerichtet zu manipulieren.

Die Referentin sehe neben Vorteilen der Digitalisierung auch deren Kehrseite, deren Folgen in Bindungsverlusten innerhalb der Gesellschaft sowie einer zunehmenden, bewussten Polarisierung durch „Krisenprofiteure“, d. h. Extremisten und Populisten, zu beobachten seien, deren Macht sich aus dem Misstrauen gegenüber Amtsinhabern und Mandatsträgern ergebe und in ein Geschäftsmodell münde, in



Prof. Dr. Ursula Münch als Hauptreferentin des Bayerischen Verfassungstages am 01.12.2023;

Quelle: Bayer. Einigung - Claus Schunk

dem Schnelligkeit vor Objektivität rangiere, das auf geschürter Empörung beruhe und kommerzielle und politische Erfolge nach der Anzahl von Klicks und (Dis-)Likes verspreche. Prof. Dr. Münch erkannte im digitalen Verkehr die wirkmächtige Befriedigung von Bedürfnissen der Kundschaft in Sensationen und Spektakel, im Erfolg sozialer Bestätigung und in der „Aversion von vielen gegen das Vernünftige“. Psychologisch funktionierten diese Mechanismen nicht perfekt, sie würden durch „(Chat-)Bots“ automatisiert und technisch verfeinert und fänden, nach Training durch „skills“ und intensiver Überwachung der Nutzergewohnheiten in ihrem sozialen Umfeld, aktuell ein effektives Wirkungsfeld in politischen Debatten.

Am Beispiel von TikTok, der ersten „komplett algorithmusgetriebenen Plattform“, zeigte Prof. Dr. Münch auf, wie das Modellkonzept die Nutzer praktisch vereinnahmt. Anhand der hierdurch anonym bleibenden Aktivisten der Hamas mit 1,6 Milliarden Nutzern wurde aufgezeigt, wie in kürzester Zeit politisch-extremistische Botschaften in Umlauf gebracht werden. Nicht weniger aktuell und damit für die politische Bedeutung ebenso wichtig war der Hinweis der Referentin, dass im Inland Rechts-extremisten und die Partei Alternative für Deutschland (AfD) auf TikTok zurückgreifen, um die eigene Propaganda wirkungsvoll zu streuen. Um der Sperrung von Accounts zu entgehen, würden dabei „rechtsextreme Begriffe und eindeutige Codes vermieden“. „Versprechen, Aufmerksamkeit, Angstmachen“ — so lasse sich die Methodik der „Krisenprofiteure“ zusammenfassen, um Skepsis gegenüber der

liberalen Demokratie einerseits und andererseits ein „Gruppengefühl“ mit Bindewirkung zu erzielen. Daraus ergebe sich eine Distanz zu unserer politischen Ordnung: „Ich halte es für einen Irrglauben, darauf zu hoffen, dass sich die Kräfte, die ich als Krisenprofiteure bezeichnet habe, von selbst wieder mäßigen würden“, denn sie lebten von der wachsenden Angst, dass die Folgen der Krisen wachsen, nicht von einer Mäßigung i. S. eines „republikanischen Verständnisses von Demokratie“.

Prof. Dr. Ursula Münch schloss ihre Analyse mit der Frage, was „wir als mündige Bürger der so einfachen digitalen Manipulation des Meinungsbildungs- und Mobilisierungsprozesses wirksam entgegense-

zen können“. Erfolgversprechend dafür seien laut Referentin „Prävention und Immunisierung gegen vor allem online verbreitete Lügen bzw. Desinformation“ durch politische Bildung an den Schulen, Verstärkung der Medienerziehung, aber auch das persönliche Gespräch zu Hause, in der Schule, in Vereinen, in der Arbeitswelt.

Es gehört zum Bildungsauftrag gemäß Art. 131 der Bayerischen Verfassung und den Grundsätzen der Lehrerbildung in Bayern, der Jugend für ein Leben in der liberalen Demokratie im Unterricht das Rüstzeug zu vermitteln, also mehr als eine Verfassungsviertelstunde pro Woche. *Willi Eisele, Wolfratshausen*

Verleihung des Abiturpreises „Politik und Gesellschaft“ 2024

Bereits zum fünften Mal wurde am 01. Juli 2024 der Abiturpreis „Politik und Gesellschaft“ des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V. im Bayerischen Landtag verliehen.

Kultusministerin Anna Stolz zeichnete im Beisein von Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, vier Abiturientinnen und Abiturienten aus, die sich in herausragender Weise in ihren Seminararbeiten mit aktuellen Themen aus den Bereichen Politik und Gesellschaft auseinandergesetzt haben. Auch Landtagspräsidentin Ilse Aigner hatte den Termin fest eingeplant, musste sich kurzfristig aber krankheitsbedingt von Landtagsdirektor Peter Worm vertreten lassen.

Zu Beginn der Veranstaltung im Lesesaal des Maximilianeums richtete sich Kultusministerin Anna Stolz beeindruckt an die Preisträgerinnen und Preisträger: „Wettbewerbe wie der Abiturpreis ‚Politik und Gesellschaft‘ sind eine wunderbare Möglichkeit,

junge Menschen für politische Fragestellungen zu begeistern. Sie alle haben hervorragende Seminararbeiten geschrieben und sich intensiv mit politischen Kulturen beschäftigt. Die Bandbreite der Themen ging von Feminismus über Verschwörungstheorien bis hin zu internationaler Machtpolitik. Unsere Demokratie braucht aufgeweckte junge Menschen wie Sie! Bitte bleiben Sie auch weiterhin so politikbegeistert! Ein besonderer Dank geht auch an Ihre Lehrkräfte, die Sie bei diesen Höchstleistungen begleitet haben“.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner sagte bereits vorab: „Der Abiturpreis ‚Politik und Gesellschaft‘ nimmt die Demokratie in den Blick – mit all ihren Facetten, national und international. 83 Arbeiten zu komplexen politischen Themen sind eingereicht worden, beispielsweise zum Taiwankonflikt, zu Verschwörungsmäthen, zu modernen Formen der Sklaverei und gesellschaftlichen Rollenbildern. Sie wurden aus ganz unterschiedlicher Fächerperspektive beleuchtet: Das war nicht etwa Hemmnis, das war Motivation. Mich stimmt das sehr zuversichtlich, denn damit wird klar: Viele in unserer jungen Generation haben den Ernst der Lage erkannt und sie haben erkannt, dass es sich lohnt, genauer hinzuschauen. Demokratie ist dabei das Gegenmodell zu Unrecht, Gewalt, Angst und Fremdbestimmtheit. Niemand liebt die Freiheit so sehr wie die jungen Menschen und deshalb setze ich voll auf Euch: Seien Sie aktive, selbstbewusste und verantwortliche Bürgerinnen und Bürger. Mit Ihrer Haltung und Ihren Gedanken zu brennenden Fragen der Zeit haben Sie die Jury überzeugt. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem außerordentlichen Erfolg beim Abiturpreis ‚Politik und Gesellschaft‘ 2024“.

Im Namen des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung bedankte



Kultusministerin Anna Stolz; Foto: Stefan Obermeier

sich ihr Vorsitzender, Prof. Dr. Stefan Rappenglück, für die Grußworte sowie bei Landtagspräsidentin Ilse Aigner für die erneute Übernahme der Schirmherrschaft und die Durchführung der Preisverleihung im Bayerischen Landtag. Zudem dankte er der Heinz und Sybille-Laufer-Stiftung für politische Wissenschaft für die Finanzierung der Preisgelder, der Akademie für Politische Bildung Tutzing, die Gutscheine für die Preisträger zur Verfügung stellt, und den Mitgliedern der Jury für ihre ehrenamtliche Arbeit.

Die Politische Bildung an Schulen steht und fällt mit dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer. Daher richtet sich der Dank des Landesverbands Bayern auch sehr herzlich an die Kursleiterinnen und Kursleiter für ihre Arbeit bei der Betreuung der Seminararbeiten. Viele Rückmeldungen von Schulen zeigen, dass der Abiturpreis ‚Politik und Gesellschaft‘ sehr gut ankommt und geschätzt wird.

In seiner anschließenden Laudation berichtete Prof. Dr. Rappenglück erfreut, dass seit dem Start des Preises vor fünf Jahren insgesamt rund 650 Seminararbeiten aus ganz Bayern durch die Jury begutachtet wurden. Dieses Jahr reichten 83 Schülerinnen und Schüler ihre Arbeiten ein.

Eine achtzehnköpfige Jury des Landesverbands Bayern der DVPB, bestehend aus Lehrkräften und im Hochschulbereich tätigen Personen, wählte aus den eingereichten Arbeiten vier herausragende aus. Bewertet wurden insbesondere die Problemorientierung, der aktuelle Bezug, eine multiperspektivische Vorgehensweise, ein eigenständiges, kritisches politisches Urteil, ein erkennbarer Anteil an Eigenaktivität im Verhältnis zur Quellenarbeit, die Anwendung von sachgerechten Recherchemethoden sowie die überzeugende Formulierung eines plausiblen Ergebnisses.

Diese Einzelkriterien konnten jeweils mit maximal 15 Punkten, der erkennbare Anteil von Eigenaktivität sogar mit bis zu 30 Punkten bewertet werden. Insgesamt war eine Maximalpunktzahl von 120 Punkten möglich, die alle vier Preisträgerinnen und Preisträger annähernd erzielten.

Neben den ersten drei Preisen wurde in diesem Jahr auch wieder ein Sonderpreis vergeben. Der erste Preis wurde mit 300 Euro prämiert, der zweite Preis mit 200 Euro, der dritte Preis und der Sonderpreis jeweils mit 100 Euro; zudem gab es für jeden einen Gutschein für die Teilnahme an Angeboten der Politischen Akademie Tutzing.

Nachdem im Jahr 2023 zufällig alle Preisträger männlich waren, ist das Geschlechterverhältnis heuer ausgeglichen.

Vor der Übergabe der Urkunden und Preise durch Kultusministerin Anna Stolz und Prof. Dr. Ursula

Münch würdigte Prof. Dr. Rappenglück die Seminararbeiten der vier Preisträgerinnen und Preisträger im Einzelnen.

Abgerundet wurde die gelungene Veranstaltung mit einem kleinen Catering vor dem Plenarsaal, bei dem sich die Preisträgerinnen und Preisträger, deren Eltern und begleitende Lehrkräfte in Gesprächen mit geladenen Gästen austauschen konnten.

Anwesend waren u. a. Dr. Ian-Tsing Joseph Dieu (Generaldirektor der Taipeh Vertretung in München), Gabriele Triebel (stv. Vorsitzende des Bildungsausschusses des Bayerischen Landtags), MRin Susanne Raab (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus), Katharina Lehmann (Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung), Prof. Dr. Andrea Szukala (stv. Vorsitzende Bundesverband DVPB, Universität Augsburg) und Prof. Dr. Peter Hampe (Ehrenvorsitzender des LV Bayern der DVPB).

Nach der Veranstaltung konnten Interessierte an einer Führung durch den Landtag und durch die Denkstätte Weiße Rose im Gebäude der Ludwig-Maximilians-Universität teilnehmen.

Die Preisträger 2024 (in alphabetischer Reihenfolge):

Frick, Valerie (Allgäu-Gymnasium Kempten):
zweiter Preis

Racial Discrimination in Qatar (Kafala System) - Modern Slavery and Racial Discrimination in the Modern World: The Case of Qatar (Leitfach Englisch)

„Dies ist ein World Cup, der auf moderne Sklaverei aufgebaut ist“ - so beginnt die Seminararbeit der Autorin. 2010 wurde Katar für die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 nominiert. Um dies erfolgreich zu bewältigen, musste Katar enorm in die Infrastruktur investieren. So wurden acht Fuß-



Die Preisträgerinnen und Preisträger 2024 (v.l.n.r.): Valerie Frick, Jonas Neuberger, Valentin Fuchs, Mathilda Vollmar; Foto: Stefan Obermeier

ballstadien gebaut, u. a. das Lusail Stadion als größte Fußballarena im Mittleren Osten mit fast 89 000 Sitzplätzen. Um dies zu erreichen, benötigte Katar eine Vielzahl von Gastarbeitern. Die Migrantinnen und Migranten kamen aus 25 Ländern, 39% stammten aus Nepal, 29% aus Indien, 9% aus Sri Lanka und Bangladesch.

Valerie Frick wirft einen erschreckenden Blick auf Katars „dunkle Geheimnisse“ hinter der uns bekannten Glitzerwelt. Sie beleuchtet in der Seminararbeit die Situation der Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten und analysiert die rechtlichen Rahmenbedingungen für das sog. Kafala-System. Sie geht jedoch noch weiter und verknüpft die Situation mit der Frage der rassistischen Diskriminierung und ob diese Arbeitskräfte vor dem Hintergrund ausgewählter Kriterien (z. B. Ausbeutung, Wohnsituation, Ernährung, Arbeitsunfälle) als moderne Sklaven bezeichnet werden können.

Die Autorin kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Es gibt moderne Arbeitssklaven in Katar und es braucht radikale Veränderungen im bestehenden Migrationssystem. Und sie wirft den Blick auf ein weiteres, menschenrechtlich sehr problematisches Land: Saudi-Arabien hat bereits sein Interesse bekundet die Fußball-WM 2034 auszurichten und wird aller Wahrscheinlichkeit Ende 2024 den Zuschlag hierfür bekommen.

Die Arbeit erzielte 110 von 120 möglichen Punkten. Hinsichtlich des Kriteriums „erkennbarer Anteil von Eigenleistung“ lag sie ganz weit oben. Die Jury überzeugte vor allem die sehr interessante und problemorientierte Auseinandersetzung mit menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen von Migrantengruppen, die kritische Darstellung verschiedener Formen des Rassismus sowie Formen moderner Sklaverei (inkl. Belegen), eine hohe Relevanz und Stringenz der Argumentation sowie ein überzeugendes Urteil – und: die gesamte Arbeit wurde auf Englisch verfasst.

Fuchs, Valentin (Camerloher-Gymnasium Freising): erster Preis

Der Taiwan-Konflikt (Leitfach Sozialkunde)

Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine verheerenden Folgen für die Menschen und die globalen Handelsbeziehungen haben das öffentliche Interesse an einem schon lange schwelenden Konflikt befeuert: Voller Sorgen blickt die Welt auf den Taiwan-Konflikt.

Chinas Machtdemonstration im Südchinesischen Meer stellt nach einem Sicherheitspapier Japans „die größte strategische Herausforderung“ aller Zeiten dar. Allein der Besuch der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen in den USA provozierte Chi-

na so stark, dass Peking die Volksbefreiungsarmee zum Großmanöver aufrief. Seit Jahren baut Chinas Machthaber Xi Jinping ein Bedrohungsszenario auf, indem die Volksrepublik mit Kampfjets den taiwanischen Luftraum durchkreuzt, militärische Übungen durchführt und Taiwan durch z. B. Desinformationskampagnen und Drohungen gegen taiwanische Unabhängigkeitsverfechter zu zermürben versucht. China sieht Taiwan als Teil der Volksrepublik, die Republik Taiwan jedoch möchte ihre Unabhängigkeit und Demokratie erhalten. Für den aktuellen Machthaber Xi Jinping ist die „Wiedervereinigung“ mit Taiwan eine historische Mission, die er spätestens bis zum 100-jährigen Jubiläum der Volksrepublik im Jahr 2049 verwirklichen möchte. Vor allem die USA sehen sich als Friedensgarant und Verfechter der Demokratie und positionieren sich auf taiwanischer Seite, neue Militärbündnisse wie das AUKUS-Bündnis werden als Verteidigungslinie geschlossen. Doch welche Interessen stehen dahinter? Lassen die USA ihren Worten, Taiwan beizustehen, im Ernstfall auch Taten folgen? In den Medien wurde von einem zweiten kalten Krieg gesprochen, nur dass sich diesmal die USA und China gegenüberstehen. Inzwischen sprechen manche Sicherheitsexperten von der Gefahr eines Dritten Weltkriegs. Doch was steht eigentlich hinter diesem Konflikt?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich Valentin Fuchs sehr eindrucksvoll und auf der Grundlage einer sehr umfangreichen Literaturrecherche in seiner Seminararbeit. Im ersten Teil stellt er zum grundlegenden Verständnis den geschichtlichen Hintergrund des Taiwan-Konflikts, die „Ein-China-Politik“ und die Demokratisierung in Taiwan dar. Danach werden die Positionen der Betroffenen und der Großmächte erläutert und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten von Taiwan und China untersucht, die in diesem Konflikt eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Neben einer Analyse der militärischen Kräfteverhältnisse im Indopazifik erarbeitet der Autor auch sehr überzeugend verschiedene Szenarien für die Entwicklung im Taiwan-Konflikt.

Die Arbeit erzielte die maximal erreichbaren 120 Punkte, d. h. in allen Kriterien die Höchstpunktzahl.

Neuberger, Jonas (Wirsberg-Gymnasium Würzburg): Sonderpreis

Männlicher Feminismus (Leitfach Sozialkunde)

Es ist das neue Schlagwort in der Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung: Feminismus bzw. eine feministische Außenpolitik. Sie soll dabei helfen, die Welt gerechter, sicherer und schlicht besser zu machen. Die Reaktion von konservativen und rechten Kräften ließ nicht lange auf sich warten. Das Konzept wurde verhöhnt als eine zu verachtende

Ideologie, die sich nur für Frauen und Mädchen einsetze und damit die wahren Probleme der Außenpolitik aus dem Blick verliere. Entgegnet wurde, dass sich Feminismus für alle, also nicht nur für Mädchen und Frauen, sondern auch für Jungen und Männer einsetze.

In dieser Arbeit wird der Frage nachgegangen, welchen Platz Männer im Feminismus einnehmen und wie dieser aussehen könnte. Ausgehend von der Definition von Feminismus und Männlichem Feminismus wird am Beispiel von Männlichkeit und deren Folgen die Notwendigkeit von Männlichem Feminismus dargestellt. Anhand von Interviews zeigt der Autor, dass Männlicher Feminismus für Frauen im Sinne eines Einsatzes von Männern für Frauen zu begreifen ist. Es sollte selbstverständlich werden, dass „schon in der Schule Mädchen und Jungs dahingehend erzogen werden müssen, dass sie absolut gleichberechtigt sind und dass jedes Mädchen sich auch für Jungs und jeder Junge auch für Mädchen einsetzen muss.“ (aus dem Interview des Autors mit

Gregor Gysi)

Insgesamt erzielte die Arbeit 103 von 120 Punkten. Vor allem überzeugte die Jury ein interessanter eigenständiger Ansatz, ein „etwas anderer Blickwinkel“, der beleuchtet, welche Vorteile es für Frauen und Männer durch einen Männlichen Feminismus geben kann. Eine aufwendige Umfrage an der eigenen Schule in der 10. und 11. Jahrgangsstufe zu geschlechtsspezifischen Stereotypen, Interviews mit Gregor Gysi und dem Botschafter der HeForShe-Bewegung von UN Women Vincent-Immanuel Herr sowie die Analyse eines Hip-Hop Liedes zeigen einen großen Anteil von Eigenaktivität.

Vollmar, Mathilda (Michaeli-Gymnasium München): dritter Preis

Verschwörungsmythen - eine akute Gefahr für die Demokratie? Ein Vergleich verschiedener Verschwörungsmythen und ihres Einflusses auf die Stabilität der Demokratie (Leitfach Sozialkunde)



Von links nach rechts: Prof. Dr. Ursula Münch (Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing), Gabriele Triebel (stv. Vorsitzende des Bildungsausschusses des Bayerischen Landtags), Uta Lechner (DVPB LV Bayern), Valerie Frick (Preisträgerin), Jonas Neuberger (Preisträger), Mathilda Vollmar (Preisträgerin), Valentin Fuchs (Preisträger), Kultusministerin Anna Stolz, Fritz Wölfl (DVPB LV Bayern), Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Vorsitzender DVPB LV Bayern), Landtagsdirektor Peter Worm, Bernhard Hof (stv. Vorsitzender DVPB LV Bayern) und Prof. Dr. Peter Hampe (Ehrenvorsitzender DVPB LV Bayern); Foto: Stefan Obermeier

Während der Covid-19-Pandemie wurde die Schuld für den Ausbruch des Virus unterschiedlichsten Akteuren zugeschrieben. Manche Menschen behaupteten, das Virus sei eine Biowaffe aus einem chinesischen Labor, andere vermuteten, die USA hätten es entwickelt. Dann gab es Menschen, die das Corona-Virus als Mittel zum Zweck für Bill Gates sahen, und schließlich gab es die Vermutung, dass das Corona-Virus politischen Eliten zum Errichten einer sogenannten „Neuen Weltordnung“ dienen würde.

Doch das Verschwörungsdenken beschränkt sich nicht nur auf Inhalte der Pandemie. Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2021 eruierte, dass 22,9% der befragten Deutschen an geheime Organisationen glauben, die Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, und 20,5% stimmten der Aussage zu, dass Politiker Marionetten dahinterstehender Mächte seien. Ein Fünftel der deutschen Bevölkerung weist demnach eine Nähe zu Verschwörungsdenken auf.

Angesichts dessen stellt sich Mathilda Vollmar, die Frage, ob aktuelle Verschwörungsmythen eine akute Gefahr für die Stabilität unserer Demokratie sind. Sie erläutert die Grundlagen von Verschwörungsmythen und analysiert den Einfluss aktueller Verschwörungsmythen auf die Demokratie. Sehr bemerkens-

wert ist die integrierte Durchführung einer Umfrage, die die Verbreitung von Verschwörungserzählungen in Zusammenhang mit Covid-19 am Michaeli-Gymnasium ermittelt. Auch wenn die Autorin zu bedenken gibt, das möglicherweise nicht alle Antworten ernsthaft gemeint waren, zeigt die Umfrage, dass auch im Michaeli-Gymnasium Verschwörungsmentalität vorkommt.

Frau Vollmar zieht das Fazit, dass der Verschwörungsglaube Radikalisierung beschleunigt und zu einem tiefgreifenden Zweifel an für die Demokratie essenziellen Grundprinzipien führt. Aktuelle Verschwörungsmythen stellen daher eine ernstzunehmende Bedrohung für die Demokratie dar und aktueller Handlungsbedarf besteht.

Die Arbeit erhielt insgesamt 105 von 120 Punkten. Neben einem deutlichen Problembewusstsein zeigt die Seminararbeit ein hohes Maß an zielführender Eigeninitiative, u. a. eine an der Schule selbständig durchgeführte Umfrage, deren äußerst sorgfältige Auswertung und ihr Vergleich mit drei weiteren Studien. Die sehr überzeugende Schlussfolgerung mit Mut zu einer begründeten eigenen Position wird konstruktiv eingebettet in lösungsorientierte Perspektiven für den Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie.

Prof. Dr. Stefan Rappenglück / Uta Lechner

Save the Date

Die Jahrestagung 2024 des Verbandes findet vom **20. - 22.09.2024** in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bayern und der Akademie für politische Bildung Tutzing statt. Thema der Tagung: **„Andere Pfade für die politische Bildung. Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?“**

Die Jahrestagung wird mit Vorträgen und Praxisbeispielen das immer bedeutsamere Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten.

Im Rahmen der Tagung findet die **Mitgliederversammlung** am Samstag, den **21.09.2024**, um **19.30 Uhr** in der **Akademie für politische Bildung** statt.

Neben dem jährlichen Rechenschaftsbericht steht turnusgemäß die Neuwahl des Vorstandes an.

Der Vorstand besteht aus einem engen (Vorsitzender, Stellvertreter, Kassierer, Schriftführer) und einem erweiterten Vorstand.

Der Vorstand und die Aktivitäten des Verbandes leben vom Engagement ihrer Mitglieder. Daher freuen wir uns über Interessenten an der Vorstandsarbeit - melden Sie sich gerne beim Vorstand.

Und wir freuen uns über eine rege Teilnahme an der Jahrestagung!

Die Einladung zur Mitgliederversammlung wird brieflich erfolgen, die Anmeldung zur Jahrestagung erfolgt online über die Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Jörn Böhme / Christian Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts. Frankfurt/Main 2023: Wochenschau-Verlag. 248 S., € 18.-



„Am wahrscheinlichsten ist immer noch die Fortsetzung des Konflikts mit zeitweise weniger und zeitweise mehr Gewalt und Blutvergießen, Repression und Krieg ... Das Dilemma wird bleiben, dass in einer solchen Situation Geduld ein schlechter Ratgeber ist, gleichwohl aber ein langer Atem gebraucht wird.“ So der nur wenige Monate vor der erneuten massiven Zuspitzung des Konflikts formulierte „Ausblick“ dieses in 9. überarbeiteter, erweiterter und aktualisierter Auflage erschienen Buches, dessen erste Auflage 2005 erschienen ist.

Das Buch rekonstruiert die Genese des israelisch-palästinensischen Konflikts, beginnend mit den Anfängen der organisierten Einwanderung der Juden nach Palästina in den 1880er Jahren und der Veröffentlichung von Theodor Herzls „Der Judenstaat“ 1896, endend mit den Neuwahlen in Israel Ende 2022 und der Bildung der vierten Regierung Benjamin Netanjahus, die als rechteste und religiöseste Regierung in der Geschichte Israels gilt. Die Autoren sind persönlich und thematisch seit

vierzig Jahren mit Israel/Palästina verbunden: über ihren Friedensdienst in der Aktion Sühnezeichen, über Reisen und jahrelange Aufenthalte in der Region, über die Arbeit für die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv und Ramallah und über Mitgliedschaften in diversen Vereinigungen und Redaktionen, die sich die Friedensarbeit in Israel/Palästina zur Aufgabe gemacht haben. In der Einführung formulieren sie, worum es ihnen letztlich geht: „Nach unserer Überzeugung ist sowohl Frieden mit den Nachbarn als auch die Verwirklichung des Strebens der palästinensischen Araber und Araberinnen nach nationaler Selbstbestimmung Voraussetzung für die gesicherte Existenz Israel.“ Das Buch soll, so der Anspruch der Autoren, dem Leser eine „übersichtliche“, „multiperspektivische“ Darstellung an die Hand geben, die vor allem „wichtige Wendepunkte und Entwicklungslinien“ hervorhebt.

Dieser Anspruch wurde voll eingelöst. Dazu tragen nicht zuletzt die im Text abgedruckten historischen Dokumente, die Karten, eine Chronologie für den schnellen Überblick und ausführliche Literatur- und Medienempfehlungen bei. Eine in diesen Zeiten ausgesprochen hilfreiche Handreichung für eine politische Bildung, die der üblichen moralischen Entrüstung und leidenschaftlichen Parteinahme für eine der beiden Seiten des Konflikts durch sachliche Aufklärung über dessen Hintergründe und Entstehungsgeschichte begegnen will.

Prof. Dr. Fritz Reheis, Rödental

Moshe Zimmermann / Moshe Zuckermann: Denk ich an Deutschland... Ein Dialog in Israel. Frankfurt/M. 2023: Westend Verlag. 303 S., € 25.-

Die alte Indianerweisheit vom „Gehen in den Mokassins des Anderen“ gilt hier - jetzt und gerade im Tsunami des Geredes nach den Hamas-Gräueln und Israels kriegerischer Antwort. Da tauschen sich nämlich zwei Kenner der Materien, zwei Historiker ohne Wissenschaftsattitüde,



auch zwei Zeitgenossen ohne Scheuklappen aus. Beide Professoren haben sich in ihren Studien-, Lehr- und Veröffentlichungsjahren mit der sehr speziellen Beziehung Deutschland-Israel befasst. Die Form des Briefwechsels erlaubt die Beschränkung auf jeweils einige Schreiben hin und her zu den 22 Schwerpunkten - damit auf klare Gliederung, thematische Konzentration und folglich gute Lesbarkeit gerade auch für Nichtwissenschaftler:innen. Zimmermann wie Zuckermann bleiben Israelis, beweisen aber einen unbestechlich aufklärerischen Blick auf alle Sachverhalte. Schon ihr Abriss der Wechselbeziehung beider Länder, von Reichsgründung, Deutschjudentum über Zionismus bis in die NS-Zeit besticht mit ergänzenden Aspekten. Ihre Blicke sind kritisch klar: Sie beschreiben das Scheitern der „deutsch-jüdischen Symbiose“ und sehen dann die Instrumentalisierung des Antisemitismus, um „von den sich häufenden und systematisch begangenen Verbrechen des israelischen Okkupationsregimes abzulenken.“ Immer wieder sehen beide, dass jede kritische Analyse von „rechts-nationalistischen Zielen“ der derzeitigen israelischen Führung irrelevant gemacht wird. In kritisch abwägenden Sätzen wird die „Shoah als Besitzwert“ hin- und hergewendet; sie fragen nach dem „Wie erinnern?“; sehen die Unterschiede zwischen „Jekkes und Ostjuden“, Zionisten und Nichtzionisten. Zu-

nehmend kristallisiert sich heraus, dass vieles Zurückliegende eben nicht wiederhergestellt werden kann und soll, es viel mehr um „Überwindung“ geht, etwa der militärischen Erbschaft, dem „Muskeljudentum“ zwischen „Sportler und Soldat“. Sie sehen das „Spiel mit der Angst“ vor einer weiteren Shoah. Israels Nuklearpolitik wird als „Bombe im Keller“ apostrophiert und eine Parallele gezogen: Bei jeder Maßnahme Deutschlands, die antiisraelisch gesehen werden kann, kommt der „Vergangenheitsdämon aus der Flasche“ – der deutsche Antisemitismus als die andere „Bombe im Keller“. Fast leichtgewichtig liest sich der Austausch über „Wagner in Israel“, der um die Konzert-Probleme von Zubin Mehta und Daniel Barenboim kreist. Am Ende sehen sich beide eher außerhalb der „Gilde“ der Historiker stehen, eben auf dem angestammten Platz der kritischen Intellektuellen zwischen den etablierten Positionen, aber eben im lebendigen Dialog miteinander – also genau dem, woran es derzeit mangelt. Natürlich kann der Band die Ereignisse nach dem 7. Oktober 2023 nicht miteinbeziehen, aber die Helle der Gedanken leuchtet in die derzeitige Problemlage. Also: höchst lesenswert. Und mit Blick auf allen Politikunterricht: bestechend klare Einzelthemen für Projekte und Referate – bestens nutzbar.

Wolf-Dieter Peter, München

Markus Preiß: Angezählt. Warum ein schwaches Deutschland Europa schadet. München 2024: dtv. 288 S., € 20.-

Es herrscht ja nicht gerade Mangel an Publikationen zur EU. Der vorliegende Band lohnt allemal die Lektüre. Bemerkenswert seine Aktualität: Skript abgeschlossen im September, im Buchhandel seit Mitte Februar. Der Autor ist ein erfahrener Journalist, der flott schreibt, gerne mal Halbsätze offen lässt. Die Kapitel haben mitunter wilde Untertitel, z. B. „Coke on Ice“ oder „Fahnenflucht“, womit er auf die Milliarden anspielt, die die USA für das Militär ausgeben, bzw. auf das Desinteresse junger Deutscher an einem Beruf, der



auch Waffengebrauch vorsieht. Die Bundeswehr ist bekanntlich „runtergespart“ und deshalb „bedingt abwehrbereit“. Der Autor macht den burschikosen Vorschlag, dass alle EU-Staaten die Waffen, die sie der Ukraine geben können, zusammenlegen. Auf dieser Linie liegt auch die Idee, auf Außenministerien zu verzichten, wenn doch die EU gemeinsam Politik macht.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat nicht nur die Erweiterung der NATO beschleunigt, sondern auch die Beitrittsbegehren der Westbalkanländer, von Moldau und Georgien verstärkt. Von der Türkei ganz abgesehen: Wenn so viele mitmachen wollen, kann es doch nur ein gutes Unternehmen sein. Nach dem bisherigen Regelwerk der EU für Agrarsubventionen wäre die Ukraine in der EU der einzige Netto-Empfänger geworden. Welche Kosten der Wiederaufbau der Ukraine verlangen wird, ist derzeit noch nicht zu fassen, geschweige denn in Zahlen.

Dass Deutschland, der einst stolze Exportweltmeister, schwächelt, seine Dominanz in der EU und weltweit „erschüttert“ ist, zeigt sich am Beispiel der jahrelang führenden deutschen Solar-Industrie, die ihren Vorsprung vor USA und China nicht halten konnte, stattdessen müssen Halbleiter, Seltene Erden etc. auf dem Weltmarkt beschafft werden. Eine Chip-Fabrik in Magdeburg, eine US-Investition, ändert nichts daran, dass Globalisierung gebremst, aber nicht vermieden werden kann

oder soll. Der Aufkauf der Roboterfirma Kuka durch einen chinesischen Konzern war in der Tat „der sichtbarste Einzelfehler“. Falsch wäre es aber auch, Märkte zu schließen und einer Autarkie hinterher zu jagen, die nicht einholbar ist.

Zweifellos hat Deutschland in der EU Übermacht, schon durch die geopolitische Lage oder die Bevölkerungszahl. Man denke nur daran, dass Deutschland mehr Einwohner hat als die 18 kleinsten Mitgliedsstaaten zusammen. Die EU steht für Mobilität, wobei die Vorteile und Nachteile ungleich verteilt sein können: Brain Gain hier, Brain Drain dort, je nach Ausbildungsniveau oder Arbeitsmarkt. Dass die EU-Mitgliedsstaaten, von der Freizügigkeitsgarantie und der berühmten DUBLIN-Regel abgesehen, wirklich zu einer gemeinsamen Migrationspolitik gefunden haben, ist eine kühne Behauptung. Die letzte Vereinbarung, Flüchtlinge außerhalb, also vor der EU-Grenze vorzusortieren, ist schon aus humanitären wie praktischen Gründen obsolet.

Im Unterschied dazu wird der EU regelmäßig Bürokratismus vorgeworfen. Nicht immer zurecht. Immerhin gibt es doch die sog. Passerelle-Klausel (des Lissaboner Vertrags), die eine einfache Vertragsänderung zulässt, wenn diese einvernehmlich erfolgt.

Schwaches Deutschland? Stellt sich die Frage: Wer ist das? Einzelne Akteure im Brüsseler Biotop werden genannt und gepriesen, allen voran die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen. So beeindruckend auch manche Politiker auffallen, so schwierig bleibt die Suche nach Gemeinsamkeiten und Kompromissen. Die EU-Politiker sind sich schon da uneins, wo es um die nationalen Interessen geht. Mehr noch im Wettbewerb der Lobbies und Interessengruppen. Seit Wochen, in Frankreich schon über ein Jahr, demonstrieren die Landwirte. Ist ein Land eigentlich schwach, wenn es auf bürgerschaftliches Engagement aufbaut? Ist die EU nicht eine vorbildliche, wenn auch langwierige Erfolgsgeschichte, gerade da stark, wo sie über Jahrzehnte weg ihre Ziele im Klimaschutz verfolgt, für

die regionale Entwicklung einsteht, Frieden stiftet, die Angleichung der Lebensverhältnisse vorantreibt. Es ist schon bemerkenswert, dass einer AfD zu Europa gar nichts einfällt außer Floskeln.

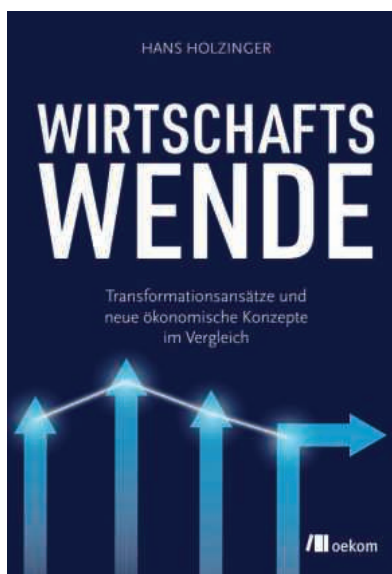
Dennoch: Preiß setzt sich für meinen Geschmack viel zu wenig mit den politischen Inhalten auseinander. Es ist nun mal der Output, der überzeugen kann und muss. Weshalb also wird Deutschland angezählt? Droht ein k.o.? Da sollte ein internationaler Vergleich mit klaren Kriterien nicht fehlen. Kann nicht zu viel Ehrgeiz schaden? Es gibt eben sehr viel mehr Global Players als früher. Man macht es sich vielleicht zu schwer, wenn man von 1% der Weltbevölkerung wahre Wunder erwartet. Aber die Umverteilung innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten (durchaus mal an die 10% des nationalen Budgets) und die gemeinsame Sicherheit sind beachtlich.

Preiß schließt seine Betrachtungen mit der Sympathie für Macron und dessen Vorstellungen zur Umgestaltung: Eine grundlegende Reform sei nötig. Die Arbeiten an einem neuen Vertrag hätten längst beginnen sollen, mehr Mehrheitsentscheidungen, ein „echter Währungs- und Wirtschaftsraum“ seien gefragt. Das soll reichen?

Prof. Dr. Wolfgang Berg, München

Hans Holzinger: *Wirtschaftswende. Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich.* München 2024: oekom Verlag. 400 S., € 24.-

Wer heute immer noch am Glauben an die Alternativlosigkeit der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung festhält, dem sei dieses Buch dringend empfohlen. Hans Holzinger, der als Wirtschafts- und Sozialgeograph 30 Jahre lang wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg war, möchte „Konzepte und Entwürfe aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und in Anfängen auch der Politik zur Diskussion stellen, die die Transformation zum Ziel haben.“ (S. 19) Das ist



ihm gelungen. Das Buch überzeugt vor allem durch die auf 400 Seiten bewiesene Fähigkeit des Autors, ein höchst unübersichtliches Diskursfeld zu ordnen und so jeder Leserin und jedem Leser zugänglich zu machen. Ein Muss für eine politische Bildung, die auf der Höhe der Zeit sein will.

Ausgehend vom Befund einer Welt, die infolge der fortgesetzten „doppelten Ausbeutung“ von Mensch und Natur „aus den Fugen“ sei und sich bisher vorrangig an einer „Kennzahl der Unmenschlichkeit“, nämlich dem Sozialprodukt orientiere, unterbreitet der Autor in Teil I Vorschläge für eine „neue planetare Buchhaltung“ wie etwa den „Happy Planet Index“ oder den „Sustainable Development Index“. Teil II beschreibt die Grundlagen des Wirtschaftens in der kapitalistischen Marktwirtschaft und geht dabei ausführlich nicht nur auf Arbeit und Konsum, sondern auch auf den Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen ein. Kapitel III stellt bereichsspezifische Transformationsansätze vor: „Ernährungswende“, „Unternehmenswende“, „Arbeitswende“, „Steuerwende“, „Finanzwende“, „Sozialwende“, „Konsumwende“, „Stadt-wende“, „Mobilitätswende“, „Energiewende“ und „Stoffwende“. Im IV. Teil diskutiert Holzinger drei Grundlinien „makroökonomischer“ Transformationskonzepte: das „Green-Growth-Konzept“, das dem Wachstum nur eine neue Richtung verpassen möchte; „Degrowth-Ansätze“, die von der Idee der Umverteilung des Wachstums ausgehen, wobei

zwischen schädlichem (Luxusgüter, globaler Norden) und notwendigem Wachstum (Grundbedarfsgüter, globaler Süden) unterschieden werden müsse; und „Postkapitalistische Ansätze“, in denen die herrschende privatwirtschaftliche Eigentumsordnung transformiert wird – in Richtung auf eine Vergesellschaftung oder zumindest Begrenzung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln. Dazu zählt Holzinger etwa den „Ökosozialismus“ (Christian Zeller), den „Postkapitalismus“ (Paul Mason und Yanis Varoufakis), den „Degrowth-Kommunismus“ (Kohei Saito), die „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ (Werner Onken), die „Gemeinwohlökonomie“ (Christian Felber), die „demokratische Planwirtschaft“ (Cédrik Durand) und die „moderne Rationierungswirtschaft“ (Ulrike Herrmann).

Abschließend plädiert der Autor mit Verweis auf nicht nur wünschenswerte, sondern auch realistische und umsetzbare Transformationskonzepte für „eine moderne Bedarfsökonomie, die (wieder) den Gebrauchswert der Güter in den Mittelpunkt stellt“. Sie „würde uns nicht schlechter leben lassen, aber zukunftstauglich“ sein (S. 362). In diesem Zusammenhang plädiert er für einen Mix aus Instrumenten, die geeignet wären, den Kapitalismus durch Reformen zu „zügeln“: Auflagen für Unternehmen (etwa globale Mindeststeuern, Produktdesign), Reform des Steuer- und Erbrechts (etwa Erbe für alle), Bekämpfung des Überkonsums (etwa durch gestaffelte Konsumsteuern, Werbeverbote), sofortige Beendigung von Subventionen für fossile Energien, Humanisierung der Arbeitswelt und Re-Regionalisierung des Wirtschaftens.

Prof. Dr. Fritz Reheis, Rödental

Christoph Butterwege: *Umverteilung des Reichtums.* Köln 2024: PapyRossa Verlag. 223 S., € 16,90.-

„Armut dringt seit geraumer Zeit bis in die Mitte unserer Gesellschaft vor, während sich der Reichtum immer stärker bei wenigen (Unternehmer-)



Familien konzentriert.“ Das ist die Ausgangsdiagnose des neuen Buches des bekannten Armutforschers Christoph Butterwege, der von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln lehrte und 2017 für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. In dem Buch gehe es ihm weniger um das Ausmaß, die Erscheinungsformen und negativen Folgen von Armut, sondern mehr um die Frage, weshalb sie wächst und wie ihr zu begegnen sei. Dazu müsse man zwar zunächst klären, woher sie grundsätzlich komme. Aber das reiche nicht aus, um ihre Zunahme erklären zu können. Erst aus der Ursachenklärung könne die Zunahme von Armut abgeleitet und eine Strategie gegen sie entwickelt werden.

Im ersten Kapitel fragt Butterwege, warum sozioökonomische Ungleichheit existiert und beantwortet diese Frage mit einer knappen Darstellung der „Ausbeutung in der bürgerlichen Gesellschaft“, der politischen Einflussnahme der „Hyperreichen“ und der Bausteine der „Scheinlegitimation“ des Reichtums. Im zweiten Kapitel werden Gründe für die Zunahme der sozialen Ungleichheit aufgeführt: der Neoliberalismus, die Regierungspolitik als „Verstärker der sozialen Polarisierung“ (Agenda 2010), die „Polarisierungseffekte der Covid-19-Pandemie, der Energiepreisexplosion und der Inflation“ sowie die „unsozialen Auswirkungen des Ukrainekrieges und der ‚Zeitenwende‘ in Deutschland“.

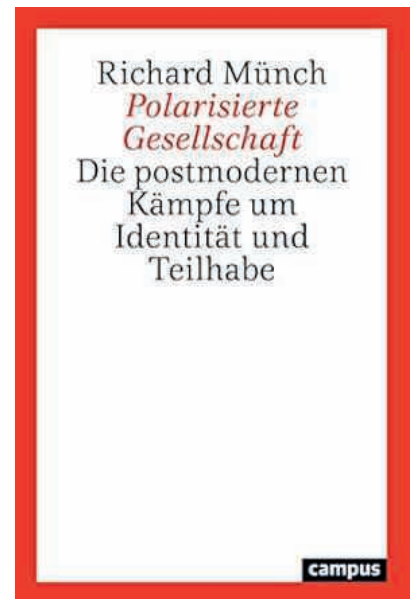
Das dritte Kapitel trägt die Überschrift „Wo ansetzen und was keinen Erfolg verspricht“. Ausgangspunkt ist die These, dass eine „glückliche, gesunde und gerechte Zukunft“ „Egalität“ erfordere. Der jahrzehntelange von unten nach oben umverteilte Reichtum müsse deshalb „rückverteilt“ werden. Drei Strategien seien dafür nur sehr begrenzt geeignet: Armutsbekämpfung durch „bürgerschaftliches, zivilgesellschaftliches und karitatives Engagement“, durch „Bildung und Beschäftigung“ und durch ein „bedingungsloses Grundeinkommen“. Butterwege setzt dagegen auf die „Reregulierung des Arbeitsmarktes“ („Lebenslohn“, „Festigung der Tarifbindung“ und „Verbot prekärer Beschäftigungsverhältnisse“), die „Renovierung des Sozialstaats“ („Auf- und Ausbau einer solidarischen Bürgerversicherung“) und „Rekonstruktion des Steuersystems“ („Rückverteilung des Reichtums mittels (höherer) Besitz-, Kapital- und Gewinnsteuern“).

Dauerhaft lasse sich Egalität aber nur durch strukturelle Veränderungen bei den Eigentumsverhältnissen erreichen: durch Vergesellschaftung – von Schlüsselindustrien, Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung, Banken und Versicherungen und Wohnungskonzernen. Als Träger dieser Vergesellschaftungsbestrebungen komme angesichts der Klimakrise, die von den Reichen und „Hyperreichen“ maßgeblich mitverursacht wurde, heute nur ein breites Bündnis, das über die traditionelle Arbeiterklasse weit hinausgehe, in Frage. „Armut wie Reichtum müssen radikal repolitisiert werden“, so der Satiriker, Slam-Poet, Autor und Moderator Jean-Philipp Kindler, dem Butterwege voll und ganz zustimmt.

Prof. Dr. Fritz Reheis, Rödental

Richard Münch: *Polarisierte Gesellschaft. Die postmodernen Kämpfe um Identität und Teilhabe.* Frankfurt / New York 2023: Campus Verlag. 448 S., € 49.-

Von Journalisten und Politikwissenschaftlern wird die zunehmende Ge-



fährdung der Demokratie gern auf das Politikversagen angesichts komplexer Herausforderungen und den Reiz des Populismus mit seinen unterkomplexen Lösungskonzepten zurückgeführt. Soziologen beschreiten einen anderen Weg: Sie setzen tiefer an, bei oft schleichenden Veränderungen in der Gesellschaft selbst. So auch Richard Münch, Seniorprofessor für Gesellschaftstheorie und komparative Makrosoziologie an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Seine Ausgangsdiagnose: „Wir befinden uns in einer Situation der Polarisierung der Gesellschaft, wie wir sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht erlebt haben, auch nicht in den Jahren nach 1968.“ (S. 7) Münch fragt nach den Gründen dieser Situation und danach, was die Gesellschaft eigentlich noch zusammenhält. Die einzelnen Kapitel des Buches sind teilweise bereits an anderen Stellen veröffentlicht worden.

Anders als etwa Wolfgang Streeck oder Andreas Reckwitz, deren Analysen zu sehr auf nur eine Dimension (nationale Kontrolle, globale Kultur) fokussiert seien, geht er von sechs „Dimensionen“ der Spaltung aus: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus (Orte der demokratischen Willensbildung), kulturelles versus ökonomisches Kapital (Idealismus versus Materialismus), rechts versus links (marktwirtschaftliche Freiheit versus staatliche Versorgung und Umverteilung), Ökonomie versus Ökologie (Wirtschaftswachstum versus konsequente Nachhaltigkeit),

Etablierte versus Außenseiter (Anerkennung von Gruppenrechten versus ausschließliche Geltung von Individualrechten) und herrschende versus beherrschte Klassen und Gruppen (Ablösung der industriellen Mittelsstandsgesellschaft durch die postindustrielle Klassengesellschaft).

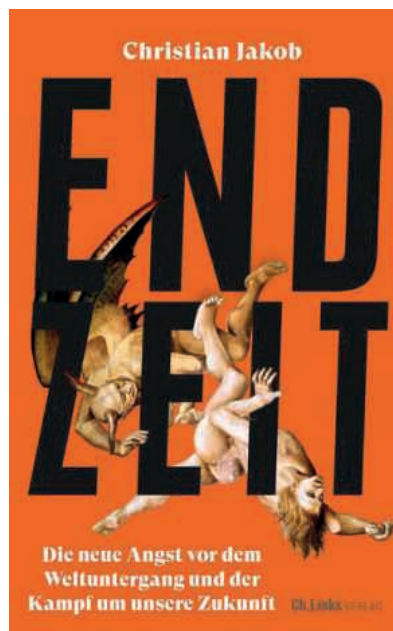
Indem Münch diese Dimensionen als „Spaltungslinien“ auf die gesellschaftliche Realität in postindustriellen und postmodernen Gesellschaften bezieht, kommt er zu einem beunruhigenden Ergebnis: Die klassen- und gruppenübergreifende Solidarität der traditionellen Industriegesellschaft sei in der Dienstleistungs- und Wissensökonomie weitestgehend verschwunden, übriggeblieben sei eine hoch politisierte Zivilgesellschaft, in der buchstäblich jeder gegen jeden kämpfe. Sie habe bisweilen Züge einer „Stammesgesellschaft“ angenommen. „Was wir beobachten, ist nicht weniger als ein Kollaps der modernen pluralistischen Zivilgesellschaft, deren Leistung darin bestand, eine Pluralität von Vereinen und Vereinigungen durch das überbrückende Sozialkapital von Mehrfachmitgliedschaften zusammenzuhalten und den Menschen im Schnittpunkt einer Vielzahl sich kreuzender Kreise größtmöglichen Spielraum für die Entfaltung ihrer Individualität zu bieten.“ (S. 213)

Vor diesem Hintergrund thematisiert das Buch den Populismus in Europa. Münch untersucht die kulturellen, politischen und ökonomischen Motive des Populismus von rechts wie von links. Auch hier weist er simple Kategorisierungen wie „Globalisierungsverlierer“ zurück. Und er kritisiert vor allem eine Politik, die glaubt, sich der Mühe des Nachvollzugs dieser Motive und ihrer partiellen Berechtigungen entziehen zu können. In Bezug auf die Zukunft der EU stellt Münch fest: „Das Festhalten an der rein politischen Machterhaltungsstrategie läuft (...) Gefahr, die gesellschaftliche Polarisierung zu eskalieren und bürgerkriegsähnliche Zustände heraufzubeschwören, wie sie jetzt schon in den Vereinigten Staaten und in Frankreich zu beobachten sind.“ (S. 303) Anschließend prüft Münch die weit verbreitete Vorstellung, man könne mit der Lo-

sung „Bessere Bildung für alle!“ die Gesellschaft wieder kitten, und argumentiert, dass es sich dabei weitestgehend um einen Mythos handle. Die Schlussbetrachtungen des Buches unter dem Titel „Wirtschaftliche Innovationskraft und gesellschaftlicher Zusammenhalt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus“ enthält unter anderem ein Plädoyer für „soziale Integration durch institutionalisierte Konfliktaustragung“ und für die Verbindung von „globaler Vernetzung und lokaler Verwurzelung“. In Deutschland, so Münch, hätten mittelständische und größere Familienunternehmen glücklicherweise eine tragende Rolle bei der Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung in Globalisten und Kommunitaristen übernommen (S. 11).

Prof. Dr. Fritz Reheis, Rödental

Christian Jakob: Endzeit. Die neue Angst vor dem Weltuntergang und der Kampf um unsere Zukunft. Berlin 2023: Ch. Links Verlag. 300 S., € 22.-



Trotz unbezweifelbarer technologischer und humaner Fortschritte schwindet bei vielen Menschen, vor allem bei der jungen Generation, die Zukunftshoffnung. Viele junge Menschen machen kaum noch Langzeitpläne für ihr Leben, einige rechnen gar mit dem baldigen Un-

tergang der Menschheit. Das ist die Ausgangsdiagnose des Buches. Der Autor, seit 2006 Redakteur der taz, seit 2014 dort im Ressort „Reportage und Recherche“, will mit seinem Buch zeigen, „wie sich der Glaube an eine bessere Zukunft bewahren lässt, ohne die Krisenhaftigkeit unserer Zeit zu leugnen und den Ängsten vieler Menschen ihre Berechtigung zu nehmen.“ (S. 18)

Im ersten Kapitel erzählt er eine kurze Geschichte der apokalyptischen Erwartungen, im zweiten beschreibt er die Polykrise der Gegenwart. Im dritten und vierten Kapitel charakterisiert er den Überbietungswettbewerb der Untergangspropheten, die gesellschaftlichen Filterblasen und die Prepper und Profiteure dieser Entwicklung. Im fünften Kapitel stellt Jakob zwei praktische Konsequenzen aus dieser besorgniserregenden Analyse vor, die für ihn wenig Grund zur Zukunftshoffnung beinhalten: die Weigerung, Kinder in diese Welt zu setzen und das ausgeprägte Vertrauen auf technische Lösungen als Universalschlüssel zur Krisenbewältigung (ohne jedoch den Beitrag technischer Innovationen für die Gestaltung der Zukunft generell kleinzureden). Im sechsten und siebten Kapitel werden schließlich die optimistischen Töne deutlicher hörbar. Hier analysiert der Autor zunächst, was die Krisen mit der Psyche des Menschen machen und betont, dass es neben Angsterkrankungen, Schuld und Scham sowie der zwanghaften Verdrängung und Abspaltung der Konsequenzen unseres „imperialen Lebensstils“ (Ulrich Brand / Markus Wissen) auch positive Möglichkeiten der Reaktion wie etwa die Lust an der Überwindung der ökologischen und sozialen Entfremdung gibt. Das siebte Kapitel mit der Überschrift „das Morgen offenhalten. Wie wir uns dem Fatalismus verweigern und unser Recht auf Zukunft verteidigen“ soll dann endlich Mut machen. Jakob präsentiert dem Leser eine beeindruckende Vielfalt von wissenschaftlichen Studien und Programmatiken, von NGOs, die allesamt geeignet sind, entweder frühere düstere Prognosen als überholt oder gegenwärtige optimistische Prognosen als glaubwürdi-

ge Vorwegnahme einer gestaltbaren und erträglichen Zukunft anerkennen zu können. Vor allem aber, so Jacob, haben Gesellschaft und Politik immer wieder eine enorme Bereitschaft und Fähigkeit zur Anpassung an neue Herausforderungen bewiesen, wie etwa die Reaktionen auf die Corona-Pandemie oder die jugendliche Klimabewegung gezeigt habe. „Die heutige Generation ist nicht die erste, die Krisen von überwältigender Dramatik erlebt und glaubt, keine Zukunft zu haben (...) Wirklich neu sind aber ihre Möglichkeiten, sich in noch nicht gekannter Weise zu vernetzen – und so Einfluss auf die Zukunft zu nehmen.“ (S. 257)

Ein informatives, umfassendes und flüssig geschriebenes Buch über unsere Zukunftsfragen, das mit guten Argumenten für eine „transapokalyptische“ (Alex Steffen) Haltung plädiert. Wer allerdings nach theoretischem Tiefgang verlangt und den Fokus vom Individuum weg auf die kapitalistischen Strukturen richten möchte, der wird mit anderen Büchern besser bedient sein (etwa mit dem soeben erschienenen Buch „Verkaufte Zukunft“ von Jens Bekkert).

Prof. Dr. Fritz Reheis, Rödental

Hannah Ritchie: Hoffnung für Verzweifelte. Wie wir als erste Generation die Erde zu einem besseren Ort machen. München 2024: Piper Verlag. 383 S., € 22.-

„Wir können etwas tun!“ prangt hinten auf dem Umschlag – recht hat sie, die in Oxford und in gewichtigen Thinktanks tätige Wissenschaftlerin Hannah Ritchie. Sie arbeitet außerdem in der seriösen Online-Datenbank „Our World in Data“ und führt dort alle gemessenen und wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse und Ergebnisse zusammen. Als junge Frau kennt sie die kursierende Enttäuschung über den Zustand des Planeten in ihrer Generation, die von hoffnungslosem Rückzug bis zu Extinction Rebellion reicht. Für sie und uns alle stuft Ritchie Untergangsgedanken als „schädlich“ ein, verlangt „eindringlicheren Optimismus“ und



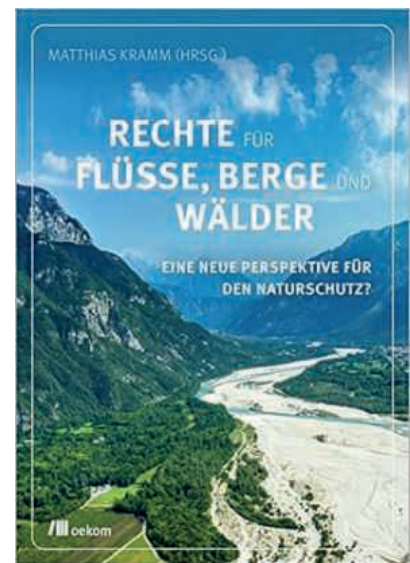
analysiert dann acht Hauptprobleme: Nachhaltigkeit als „Gleichung mit zwei Teilen“; Luftverschmutzung natürlich in Richtung „saubere Luft“; Klimawandel als „den Thermostat herunterregeln“; sie will bei Entwaldung „den Wald vor lauter Bäumen sehen“, diskutiert Ernährung als „essen, ohne die Erde zu verschlingen“, intendiert Artenschutz gegen den Verlust der biologischen Vielfalt, will angesichts von horrendem Plastik im Meer nicht „im Abfall untergehen“ und die „Ausbeutung der Meere“ durch die derzeitige Überfischung verhindern. Zu allem führt sie neueste Belege und Fachliteratur auf fast zwanzig Seiten Anmerkungen an. Auf neuesten Stand korrigiert sie Hochrechnungen ins Realistische und stellt zu wenig bekanntgemachte, derzeit schon laufende Gegenmaßnahmen vor. Das ist der Leseerfolg des Buches.

Der daraus abgeleitete Optimismus lässt sie an vielfache Problemlösungen um das Jahr 2050 glauben. Und da genau muss eine leider fundamentale Kritik zu ihren Darlegungen „Halt“ sagen: Ritchie selbst gesteht wiederholt ein, dass viele Gegenmaßnahmen eben „noch nicht“ rentabel oder einfach teuer seien. Da müsste sie dann aussprechen, dass neoliberales Profitdenken derzeit als das einzig funktionierende Ökonomiesystem anerkannt ist und eben fatalerweise dominiert: Was sich nicht und schnellstmöglich rentiert, wird eben nicht gemacht. Folglich werden

Allgemeinwohl oder Generationen übergreifende Vorsorge als Sozialromantik abqualifiziert. Wenn Ritchie dies strukturpolitisch und finanziell diskutieren würde, überkämen sie wohl Zweifel, dass sie zur ersten Generation gehören wird, die die Welt in einem besseren Zustand übergibt.

Wolf-Dieter Peter, München

Matthias Kramm (Hrsg.): Rechte für Flüsse, Berge und Wälder. Eine neue Perspektive für den Naturschutz? München 2023: oekom Verlag. 112 S., € 20.-



Die eurozentrische Sicht auf die Welt wird immer fragwürdiger. Die Opfer des Kolonialismus fordern Raubgüter zurück, verklagen ehemaligen Kolonialmächte zu Reparationszahlungen und konfrontieren uns neuerdings mit ihrem irritierenden Verhältnis zur Natur. Diese Konfrontation beflügelt auch den Diskurs über Naturschutz. Dazu ist jetzt ein inspirierender Sammelband mit dem Titel „Rechte für Flüsse, Berge und Wälder. Eine neue Perspektive für den Naturschutz?“ erschienen. Matthias Kramm, der als Philosoph an der Universidad Nacional Autónoma de México und an der Universität Wageningen in den Niederlanden forscht, versammelt darin Texte, die sich aus biologischer, anthropologischer, kulturtheoretischer, politik- und rechtswissenschaftlicher Perspektive mit der Frage befassen, inwiefern es sinnvoll sein könnte,

Wälder, Flüsse, Seen und Tiere als eigenständige Rechtspersonen anzuerkennen.

Im ersten Abschnitt werden Argumente der Befürworter solcher Rechte der Natur vorgestellt. Sie könnten als Instrument zur Begrenzung der Macht von Wirtschaftsunternehmen dienen, aber auch als Antwort auf die Dringlichkeit im Angesicht des fortschreitenden Klimawandels und als Konsequenz der immer offensichtlicher werdenden Notwendigkeit der Öffnung des europäisch geprägten westlichen Paradigmas für indigene Sichtweisen auf das Verhältnis zwischen Mensch und Natur verstanden werden. Der zweite Abschnitt des Sammelbands lenkt den Blick nach Lateinamerika, wo vor allem in Ecuador und Bolivien solche Rechte bereits Verfassungsrang haben. Der dritte Abschnitt enthält Fallstudien aus Neuseeland, Spanien und Deutschland. Im vierten Abschnitt beleuchtet das Buch rechtsphilosophische Aspekte, etwa die Frage, was konkret folgt, wenn einem Fluss - wie in Neuseeland geschehen - Interessen, Befugnisse, Pflichten und Verbindlichkeiten zugesprochen werden, für die der Mensch allerdings die Vormundschaft übernehmen muss. Im fünften Abschnitt wird schließlich daran erinnert, dass auch in der Frühgeschichte des politischen Theaters nichtmenschliche Akteure auftraten und auch in neueren postmodernen Sozialtheorien mit nichtmenschlichen Subjekten gearbeitet werde.

Das Buch „will keine fixen Antworten geben, sondern eine kurze und präzise Einführung in ein komplexes Thema bieten“ (S. 13). Das ist den Autoren zweifellos gelungen. Deutlich wird vor allem der große Unterschied zwischen einem Naturverständnis, das den Menschen als „Krone der Schöpfung“ heraushebt und die Natur zu seiner Ressource degradiert, und einem anderen Verständnis, das den Menschen als Teil der Natur betrachtet, ihm aufträgt, sie in all ihrer Vernetztheit zu hegen und zu pflegen, also das Mensch-Natur-Verhältnis als Beziehungsverhältnis charakterisiert. Damit ist freilich die Frage noch nicht beantwortet, welche „Interessen“ der Natur durch

Rechte geschützt werden sollen und welche nicht. Manche dieser „Interessen“ bedrohen ja die des Menschen existenziell (etwa Erdbeben, Giftpilze, Giftschlangen und bestimmte Viren). Für die Beantwortung dieser Frage bräuchte es, so möchte der Rezensent anmerken, einen weiter gefassten Ansatz.

Prof. Dr. Fritz Reheis, Rödental

Ulrich Chaussy: Arthur Eichengrün. Der Mann, der alles erfinden konnte, nur nicht sich selbst. Berlin 2023: Herder Verlag. 320 S., € 26.-



Ein hochbegabter Jude! Da wussten die NS-Rassisten sehr genau, wie vorzugehen war, speziell wenn es sich um einen Mann mit 47 internationalen Patenten handelt: à la „den kann man nach dem ‚Endsieg‘ wahrscheinlich noch gebrauchen“. Also bekam Arthur Eichengrün 1944 im sog. Prominentenhaus des KZ Theresienstadt ein winziges Einzelzimmer und sogar eine Postadresse. Erfreulicherweise überlebte der 1867 in eine gutsituierte Aachener Industriellenfamilie Geborene den Horror; er führte bis Dezember 1949 ein völlig zurückgezogenes Leben in Bad Wiessee.

Eichengrün wurde für zahllose Entdeckungen, speziell die Synthese verschiedener chemischer Substan-

zen berühmt. Chemie-Geschichte schrieb er zusammen mit seinem Mitarbeiter Felix Hoffmann, der in dessen Auftrag 1897-98 Acetylsalicylsäure hergestellt hatte. Somit könnte man die daraus entwickelte, dann weltweit genutzte Tablette Aspirin als Gemeinschaftsprojekt betrachten. Der Vorgang ist schwer nachvollziehbar, weil sich Eichengrün kurz darauf mit dem Cellon-Laboratorium Dr. A. Eichengrün in Berlin selbstständig machte und die Zeit bei Bayer wohl hinter sich lassen wollte. Der durchsichtige Kunststoff „Cellon“ wurde in vielen verschiedenen Bereichen eingesetzt, bei der Bespannung von Flugzeugtragflächen bis hin zum Zeppelin, der Herstellung von Atemschutzmasken und Klarsichtfenstern, als nicht explosives Celluloid für die Filmindustrie und vieles, vieles mehr.

Der Erfolg des Kunststoffes ermöglichte Eichengrün 1915, das Ferienhaus Mitterwurf auf dem Obersalzberg zu erwerben, das der begeisterte Bergsteiger und Wanderer zuvor schon mehrere Jahre gemietet hatte. Ab 1925 oder 1927 hatte sich in direkter Nachbarschaft, im Haus Wachenfeld, unter dem Decknamen „Herr Wolf“ Adolf Hitler eingemietet. Antisemitische Drohungen begannen und gipfelten 1932 im Verkauf des Eichengrünschen Ferienhauses: Der Obersalzberg war damit „judenfrei“ und wurde von Göring, Bormann und anderer NS-Größen „besiedelt“.

Eichengrün durfte vor allem aufgrund seines exzellenten Rufes als Chemiker noch einige Jahre seine Geschäfte als „Berater“ mit Minderheitsbeteiligung weiterführen, bis schließlich 1938 auch seine Firma „arisiert“ und er aus der Berliner Wohnung letztlich vertrieben wurde. Eichengrüns deutsche Ehefrau konnte am neuen Münchner Wohnsitz durch die ihr zuvor übertragenen Patent-Tantiemen das nun beengte Überleben sichern. Doch Eichengrün wurde verhaftet und eingesperrt, weil er sich weigerte, seinem Namen das vorgeschriebene „Israel“ beizufügen. Dabei hatte er sich bereits 1894 aktenkundig „freireligiös“ vom jüdischen Glauben abgewendet und lebte in einer „privilegierten Misch-

ehe“. Nach einer zweiten Weigerung wurde er im Mai 1944 nach Theresienstadt deportiert. Als einer der 19.000 Überlebenden von 140.000 Häftlingen erholte er sich, erlebte einen beschämend kleinen Teil der Wiederanerkennung seiner zuvor eliminierten wissenschaftlichen Leistung und starb 1949.

Ulrich Chaussy, durch „Nachbar Hitler“, „Dutschke“ und „Oktoberfestattentat“ als ebenso hartnäckiger wie detailfreudiger Forscher bekannt, hat letztlich drei Bücher in einem geschrieben: eine Wissenschaftler-Biographie, einen Arbeitsbericht in Ich-Form und sich dann so etwas wie „schriftstellerische Inventionen“ gegönnt: Da Eichengrün wenig Autobiographisches hinterlassen hat – leider sind die von ihm besprochenen Cellon-Schallplatten verbrannt – hat Chaussy ihm gleichsam aus dem Jenseits kursiv gesetzte „persönliche Anmerkungen“ in den Mund gelegt. Demgegenüber sind alle einbezogenen gesamtgesellschaftlichen Hintergründe und dann auch privaten Details in 400 Anmerkungen präzise belegt. So bildet das gut lesbare Buch die Basis für die bislang fehlende öffentliche Anerkennung Arthur Eichengrüns als bedeutendem, ja herausragendem Wissenschaftler.

Wolf-Dieter Peter, München

Jochen Stadt (Hg.): Die deutschen Todesopfer des Eisernen Vorhangs 1948–1989 – ein biografisches Handbuch. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat, Bd. 31. Halle/S. 2024: Mitteldeutscher Verlag. 504 S., € 38.-

Der 1992 an der Freien Universität Berlin gegründete Forschungsverbund SED-Staat hat mit der aktuellen Publikation eine Lücke geschlossen, die seit der Veröffentlichung von Ergebnissen der zeitgeschichtlichen Recherche über die Todesopfer, die an der innerdeutschen Grenze (SED: „Staatsgrenze West“, 1 400 km) und seit 1961 an der „Berliner Mauer“ (150 km)¹ in Handbuch-Fassung nachgewiesen waren, den Fokus auf die „verlängerte Mauer“ (Moni-



ka Täntzcher, 1998) zwischen der UdSSR-Grenze von Norwegen bis zum Balkan und dem Schwarzen Meer mit Schwerpunkten zu Polen (431 km) und der CSSR (454 km) ausgerichtet. Neben Flüchtlingen aus der DDR kamen dabei auch Bundesbürger aufgrund der Vorschriften des Grenzregimes der sozialistischen Bruderstaaten (Schießbefehl, tödliche Stromschläge an Grenzanlagen) oder Geheimdienstoperationen zu Tode, die in sieben Fallgruppen kategorisiert werden (S. 7/10).

Jochen Stadt, seine Mitarbeiter Jan Kostka und Hannes Puchta konnten dabei auf die Zuarbeit von Historikern, Archivaren und Standesbeamten auch aus den Nachbarländern zurückgreifen, um die Verantwortlichen in staatlichen Institutionen zu erfassen (DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und deren diplomatische Vertretungen, die Ministerien für Staatssicherheit und ihre nachgeordneten Bezirks- und Kreisverwaltungen, Dienststellen der Volkspolizei, der Staatsanwaltschaft, NVA-Dienststellen und Forschungseinrichtungen zur Aufarbeitung von Staatskriminalität nach 1991 im vereinten Deutschland und den Nachbarstaaten, z. B. in der Tschechischen Republik seit 1995). In einer Berliner Konferenz (2019) wurden die Editionsgrundsätze grenzübergreifend vereinbart und damit vereinheitlicht. Erschwert wurde die Herausgabe des Handbuchs nicht nur durch unvorhersehbare staatliche Maßnahmen im Kontext der Covid-19-Pandemie (2020/22), sondern

auch durch eine Zurücknahme der Zusage von Fördermitteln seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Bettina Stark-Watzinger, FDP) unter Hinweis auf Etatprobleme im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg (2022 f.) und eine Begrenzung des Projekts vom 01.11.2018 bis 31.10.2022 mit verkürzter Verlängerung bis Februar 2023. Davon ist v. a. der Anwendungsbezug für Bildungsinstitutionen (Zeitzeugeninterviews, Digitalisierung) betroffen. Der durchaus positiv einzuschätzende Ansatz einer Erweiterung der Perspektive auf die Grenzproblematiken mit Staaten in Ostmitteleuropa wird allerdings konterkariert durch die Abwicklung des Forschungsverbunds SED-Staat seit Oktober 2023². Damit endet auch die Zeitschrift dieser Institution der FU Berlin, bekannt unter dem Kürzel „ZdF“ Ausgabe Nr. 52, 2024 zum Schwerpunkt Fluchtwege. Eugenie von Trützschler ist darin mit einer erweiterten Abhandlung über „Die Zusammenarbeit der Grenzorgane an der sächsisch-tschechischen Grenze“ [1968 ff.] vertreten³.

Willi Eisele, Wolftratshausen

Fußnoten:

¹ Forschungsverbund SED-Staat, Klaus Schroeder, Hg., *Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949–1989*, Berlin, 2017 (Schriftenreihe der BZpolB Nr. 10119, 2019, 682 S.) mit Rezension und Kontroverse im Deutschland-Archiv vom 13.08.2019 (Rez. und Widerspruch von Michael Kubina) und die Entgegnung von Jochen Stadt „Nicht nur Heldengeschichten beschreiben“, ebda. vom 12.11.2019.

² Der Handbuch-Charakter der vorliegenden Publikation wird unterstrichen durch die Kategorisierung der Todesfälle im Projektrahmen (*Todesopfer von DDR-Bürgern an Außengrenzen des Ostblocks*, S. 33–231; *Todesfälle von DDR-Bürgern an Grenzen zwischen Ostblockstaaten*, S. 232–296; *Todesfälle von Westdeutschen am Eisernen Vorhang*, S. 338–415; [Ungeklärte] *Todesfälle außerhalb des Projektrahmens*, S. 416–456), jeweils mit Quellen- und Literaturbelegen. Der detaillierte

Anhang beinhaltet u. a. Biografien der Verantwortungsträger, S. 457-470, eine Chronologie der Fälle nach Kategorien, S. 471-479, einen Registerteil, S. 480-484 und ein Literaturverzeichnis nach Ländern, S. 485-492, ein Ankürzungs- und Autorenverzeichnis [mit Kürzeln].

³ In Bezug auf Täuschungen von Flüchtlingen durch Organe der CSSR 1948-1951 im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet [Asch/As] sei hingewiesen auf Václava Jandeková, *Fingierte Grenze – Aktion „Kámen“ - Opfer und Täter geheimer Grenzoperationen der CSSR-Staatssicherheit, Studies in Intelligence History Bd. 5, Münster, LiT-Verlag, 2021, 251 S., br. Dabei wurden Flüchtlinge in ein angeblich westdeutsches „Zollhaus“ gelockt, um anschließend als „Irrläufer“ zufällig noch auf tschechischem Gebiet verhaftet zu werden.*

Zeinab Badawi: Eine afrikanische Geschichte Afrikas. Vom Ursprung der Menschheit bis zur Unabhängigkeit. München 2024: Piper Verlag. 510 S., € 28.-



Die alte indianische Weisheit vom „Gehen in den Mokassins des Anderen“ gilt für dieses Buch besonders. Denn die meisten greifbaren Bücher zum Komplex „Afrika“ sind von Weißen der Nordhalbkugel verfasst.

Die 65-jährige sudanesisch Britin Zeinab Badawi besitzt breit gefächerte BBC-World-Erfahrung und hat lange wissenschaftlich für die School of Oriental and African Studies an der London University gearbeitet. Folglich ist ihre Recherche und das nach fast zehn Jahren daraus entstandene Buch grundlegend anders angegangen: Reise-Befragungen von Wissenschaftlern in rund 30 afrikanischen Ländern, also post-imperial, neu-narrativ, frauen-einbeziehend;

all das mündet nun in den Anspruch, die Geschichte des aufstrebenden Kontinents neu und anders zu erzählen: „Wir alle stammen aus Afrika, und daher ist dies ein Buch für uns alle.“

Dann kommt etwas wie lesendes Erschrecken, denn nahezu jeder historisch vorgebildete Europäer muss mehr oder minder eingestehen: „Lucy“, „Little Foot“ und „Ägypten“ ja – vom „Rest“ wie Hadzabe, Kusch, dem sogar christlichen Aksum, Capsa, von Isidriden und Fatamiden etc. nie gehört. Eher etliches über die womöglich aber sagenhafte Königin von Saba, aber über Amanischacheto, Amanirenas, Yodit, Kāhina? Alles Königinnen in großen Reichen, teils von einer überlieferten Militärgewalt, die sich europäischen Kriegsheroen ebenbürtig liest. Oder die auf Goldreichtum gestützte Herrschaft Muhammad Tures in Timbuktu, darauf aufbauend ein König wie Mansa Musa, der auf einer katalanischen Weltkarte 1375 mit Krone, Szepter und Kugel aus Gold verewigt wurde; später der Aufstieg der Asante mit dem realen „Gold-König“ Osei Tutu, dessen Vermögen heute auf über 400 Milliarden, also auf Bezos- und Musk-Niveau geschätzt wird; daneben eine Herrscherin wie Yaa Asantewaa, deren Geschichte Literatur wie Katharina die Große oder Maria Theresia verdiente... es ist eben kein „Rest“, sondern eine staunenswert große, vielfältige Geschichte.

Auf gut 100 Seiten wird die dunkle Realität der Sklaverei vielfältig dargestellt, der die Phase von Widerstand und Befreiung folgt. Hier könnte Badawi strenger damit ins Gericht gehen, was viele heutige Führungseliten Afrikas an inhum-

ner Machtpolitik und Korruption in ihrer „Ausbildung“ im weißen Norden gelernt haben. Sie schließt mit der Hoffnung auf ein „neues Afrika“, das mehr Resilienz angesichts postkolonialer Realitäten zeigt. Dazu führt sie auf 25 Seiten ergänzende und weiterführende Literatur bis ins Jahr 2023 an. Ein Register hilft bei der Suche. Insgesamt: ein grundlegendes Buch, das zum „Klassiker“ werden wird.

Wolf-Dieter Peter, München

Hinweis in eigener Sache:

Wenn Sie für die nächsten FPU-Hefte Bücher aus Politik und/oder Zeitgeschehen rezensieren möchten, melden Sie sich bitte gerne per Email unter redaktionfpu@gmx.net. Vielen Dank!



**Noch einen
schönen
Sommer!**



Werden Sie Mitglied im DVPB LV Bayern!

Ziel des Verbands ist die Förderung der Politischen Bildung an Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, insbesondere die Stärkung der Fächer der Politischen Bildung (Politik und Gesellschaft, Geschichte – Politik – Geographie, Heimat- und Sachunterricht) und Zeitgeschichte.

Leistungen des Verbandes für seine Mitglieder:

- Kostenlose Zusendung der Landeszeitschrift „FORUM POLITIKUNTERRICHT“: mit Schwerpunktthema, Vorstellung neuer Fachliteratur, Hilfen für den Schulunterricht – Materialien und Informationen;
- Jährlich 4 Hefte der Bundeszeitschrift „POLIS“: aktuelles Schwerpunktthema, das aus fachwissenschaftlicher, fachdidaktischer und unterrichtspraktischer Perspektive behandelt wird;
- Einladung zu Veranstaltungen des Landesverbandes und des Bundesverbandes;
- Einladung zum Bundeskongress, der alle drei Jahre stattfindet und ein Kommunikationsforum für Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Praxis bietet

Kosten der Mitgliedschaft: für Berufstätige 50.- €/ Jahr, für Studierende 25.- €/ Jahr

Kontakt: Stefan Rappenglück, Email: stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

(Bitte senden an OStR Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising)

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB)

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Ort: _____

Email-Adresse: _____

Ich erkläre mich hiermit auch einverstanden, dass der Jahresbeitrag von meinem

Konto (IBAN) _____

bei _____

abgebucht wird.

Datum: _____

Unterschrift: _____

